

Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Broschürensammlung

Signatur

A 4826

AUS DER BIBLIOTHEK VON

JULIUS
LANDMANN

6. VIII. 1877 — 8. XI. 1931

PROFESSOR DER
STAATSWISSENSCHAFTEN

BASEL 1910—1927

KIEL 1927—1931

Die deutsche
Hagelversicherung

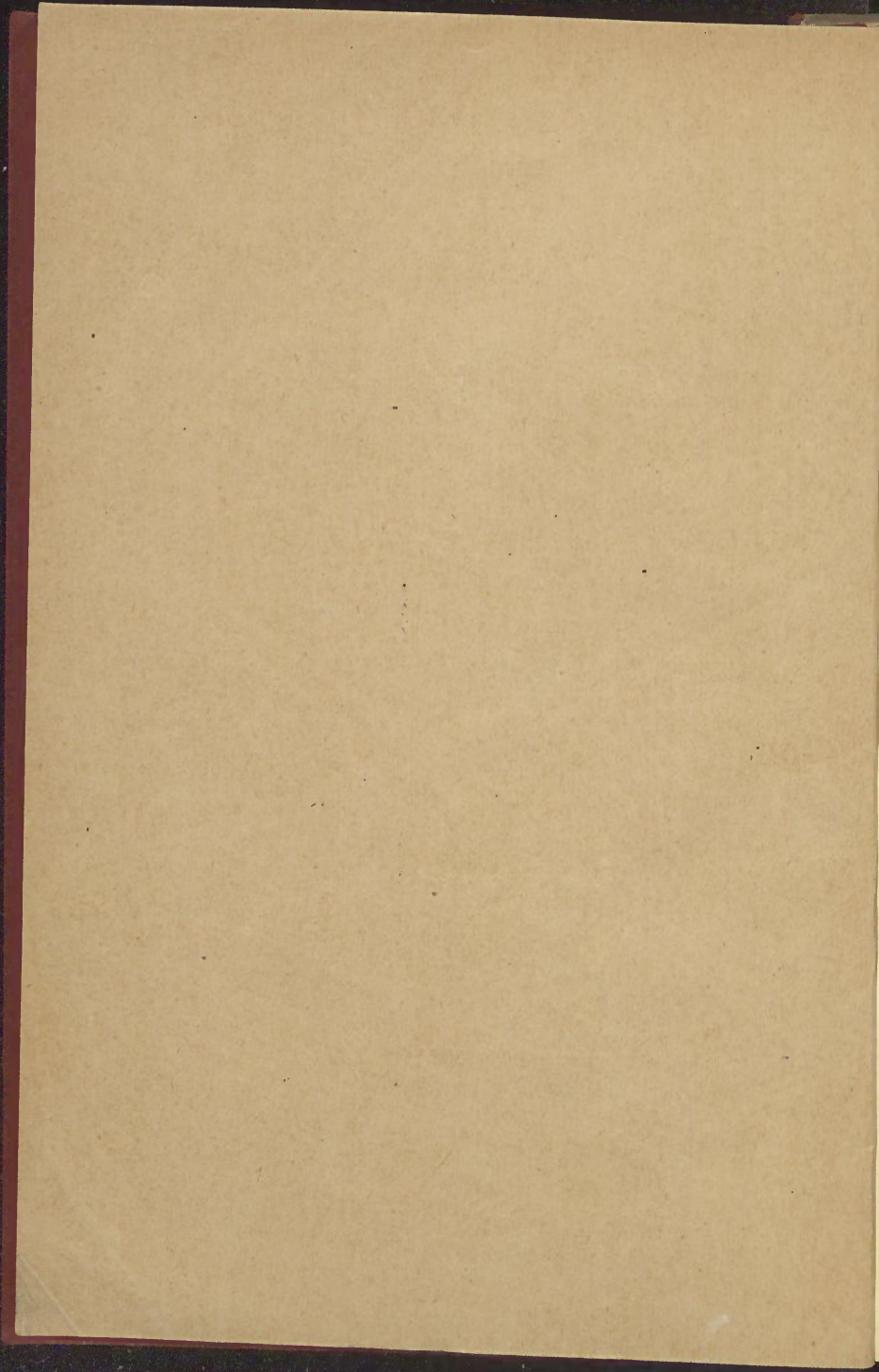
in ihrer Stellung
zu neueren parteipolitischen Bestrebungen.

Von

Prof. Dr. E. Jäger.



Stuttgart. A. Giesching und Co.
1899.



Stiftung
der Landesbrandkasse
der Provinz
Schleswig-Holstein

Die deutsche

Feuerversicherung

in ihrer Stellung

zu neueren parteipolitischen Bestrebungen

von

Prof. Dr. E. Jäger.

Stuttgart. A. Liesching und Co.

1899.



Motto: Eine Versicherungsgesellschaft kann nur dann bestehen, wenn jeder Versicherte eine Prämie bezahlt, welche der Gefahr und den Verwaltungskosten gleichkommt. Die allen Versicherungsarten gemeinsame Grundlage ist die Einteilung der Risiken in Classen. Statistische Erfahrung und richtige Beurteilung der einzelnen Fälle innerhalb dieser Classen, bestimmen das System der Classenprämien, den Prämientarif. Das zweite Element ist die Reserve, welche durch die Prämien gebildet wird. Ist sie nicht ausreichend, oder nicht flüssig, so muß stets das eine Risiko aus den Reserven des anderen gedeckt werden.

Aus Lorenz v. Stein's Handbuch
der Verwaltungslehre.

Sm. geehrten Freunde und Kollegen

Herrn Carl Peter Scheil zu Prag,

Honorardocenten an der k. k. techn. Hochschule, gerichtl.
Sachverständigem, Vicepräsident. der gegenseitigen Versch.-Ges.
Slavia, Vertreter des Landesauschusses im Ausschusse der
Handels- und Gewerbe-Schule des böhm. Frauen- und In-
dustrie-Vereins, Mitglied der statist. Commission für Prag,
der Central-Commission für Erforschung und Erhaltung der
Kunst und histor. Denkmale in Wien, der archäologischen
Sektion der k. Kaiser Franz Josefs-Akademie, der Ges.
k. Mathematiker und der k. geogr. Gesellschaft, Ehrenmit-
glied der Gesellschaft für Verbreitung kaufm. Kenntnisse in
St. Petersburg

in Hochachtung und Freundschaft

gewidmet vom

Versaffer.

Von H. Carl Peter Rheil, welchem diese Schrift gewidmet ist, rühren außer zahlreichen Artikeln handelswissenschaftlichen Inhalts folgende selbständige Werke her:

1. Deutsch-böhmisches Wörterbuch der Warenbezeichnungen, mit Berücksichtigung der lat. Terminologie. Prag 1864. Im Jahre 1895 mit der Silbermedaille der II. internationalen Ausstellung in Prag ausgezeichnet.
2. Die einfache Buchhaltung. Mit Berücksichtigung der gesetzlichen Bestimmungen. (In böhmischer Sprache.) II. Auflage, Prag 1897.
3. Böhmische Uebersetzung der zweiten Auflage der *Eléments de l'économie politique* von Emile de Laveleye. Prag 1887.
4. Die Handels-Correspondenz in deutscher u. böhmischer Sprache II. Auflage, Prag 1897.

Vom k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht zum Unterrichtsgebrauche an Handelsakademien u. höheren Handelslehranstalten allgemein zugelassen.

5. Ueber einige ältere Bearbeitungen des Buchhaltungs-Tractates von Luca Pacioli. Ein Beitrag zur Geschichte der Buchhaltung. Mit 5 Facsimilen. Prag 1896.
6. Valentin Menzher und Antich Rocha, 1550—1565. Ein Beitrag zur Geschichte der Buchhaltung. Mit 3 Facsimilen. Prag 1898.
7. Luca Pacioli und sein Buchhaltungs-Tractat vom Jahre 1494. Ein Beitrag zur Geschichte der Buchhaltung. Mit 2 Facsimilen und dem Abdruck des altitalienischen Textes des Tractates. (In böhmischer Sprache.)

Das 2. und 3. Buch sind in der 2. Auflage erschienen. In
dieser neuen Ausgabe wurden die wichtigsten Änderungen
sowie die wichtigsten Ergänzungen.

1. Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:
a) Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:
b) Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:

2. Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:
a) Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:
b) Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:

3. Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:
a) Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:
b) Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:

4. Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:
a) Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:
b) Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:

5. Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:
a) Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:
b) Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:

6. Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:
a) Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:
b) Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:

7. Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:
a) Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:
b) Die wichtigsten Änderungen der 2. Auflage sind:

Inhaltsangabe.

	Seite
Vormort S. I—VIII.	
A) Die Berliner H.-M.-G. von 1832	1
B) „ Magdeburger H.-B.-G.	16
C) „ sonstigen Aktien-Gesellschaften	23
D) „ Gegenseitigkeitsgesellschaften mit beschr. Haftpflicht	26
1. Die 2 früheren württ. Gesellschaften	26
2. „ Bayerische Landesanstalt	29
3. „ Patria in Magdeburg bezüglich Süddeutschlands	36
4. „ Gesellschaft zu gegenseitiger Hagelschaden-Ver- gütung in Leipzig ebenfalls bez. Süddeutschlands	36
E) Die Gegenseitigkeitsgesellschaften mit unbeschr. Ersatzpflicht	36
F) Staats- bezw. Reichsversicherung mit Zwang	56
G) Sonstige Vorschläge, namentlich Staats- oder Provinzial- Versicherung, mit Freiwilligkeit des Beitritts	63
H) Die württ. Centralleitung des Wohlthätigkeitsvereins und das Gewitter im württ. Unterlande in der Nacht vom 30. Juni bis 1. Juli 1897	65
I) N a c h t r ä g e :	
1. Ergebnisse von 1898 außer den bereits im Texte an- gegebenen der Gegenseitigkeitsgesellschaften	73
2. Reduktion der Norddeutschen	74
3. Verschiedenes	75
4. Dawson über Bismarck und den Staatssozialismus	76
Literaturangaben und Recensionen über Schriften des Verfassers	80

Inhaltsverzeichnis

Vorwort S. I-VIII	
A) Die Bedeutung des B. u. W. im Jahr 1933	1
B) „Bedeutung des B. u. W.“	10
C) „Bedeutung des B. u. W.“	20
D) „Bedeutung des B. u. W.“	30
E) „Bedeutung des B. u. W.“	40
F) „Bedeutung des B. u. W.“	50
G) „Bedeutung des B. u. W.“	60
H) „Bedeutung des B. u. W.“	70
I) „Bedeutung des B. u. W.“	80
J) „Bedeutung des B. u. W.“	90
K) „Bedeutung des B. u. W.“	100
L) „Bedeutung des B. u. W.“	110
M) „Bedeutung des B. u. W.“	120
N) „Bedeutung des B. u. W.“	130
O) „Bedeutung des B. u. W.“	140
P) „Bedeutung des B. u. W.“	150
Q) „Bedeutung des B. u. W.“	160
R) „Bedeutung des B. u. W.“	170
S) „Bedeutung des B. u. W.“	180
T) „Bedeutung des B. u. W.“	190
U) „Bedeutung des B. u. W.“	200
V) „Bedeutung des B. u. W.“	210
W) „Bedeutung des B. u. W.“	220
X) „Bedeutung des B. u. W.“	230
Y) „Bedeutung des B. u. W.“	240
Z) „Bedeutung des B. u. W.“	250

Vorwort.

Bei Abfassung dieser Schrift benützte ich folgende Schriften:

1) v. Walz, die Hagelversicherung in Württemberg, zuerst im Archive von Rau u. Hanßen erschienen und hernach im württ. Wochenblatt für Land- und Forstwirtschaft 1854 abgedruckt. Der Umstand, daß Roscher Walz als entschiedenen Anhänger der Zwangsversicherung aufführt, veranlaßte mich, in meiner Schrift „Neue Beiträge zur Fortbildung des Bodenkredits“ und in einem Aufsatze über Hagelversicherung, im Schw. Merk. 12. Juli 1897 zu der Erklärung, daß Walz im Grunde gegen Zwang war und nur die Möglichkeit einer Durchführung des Zwangs bei beschränkter Entschädigung darlegen wollte. Dabei war Walz aber auch gegen Gegenseitigkeit, wo man sich „vor jeder aufsteigenden Wolke fürchten müsse.“ (Vgl. lit. F hienach.)

2) Richter, Prof. in Tharand. Die Hagelvers.= Gesellschaften Deutschlands, in ihrem Geschäftsumfange, ihren Versicherungsbedingungen und Entschädigungsgrundsätzen. Diese mühevollen und heute noch schätzbare Schrift ist im Auftrage des deutschen Landwirtschaftsrates für die landwirtschaftlichen Vereine Deutschlands verfaßt und bei Bürgenstein in Berlin 1878 gedruckt worden, ohne Angabe eines Verlegers.

3) Dr. Eberhard Ramm, die Hagelversicherungsfrage in Württemberg (Tübingen 1885, Laupp). Den Inhalt dieser namentlich für Württemberg wichtigen Schrift werde ich im Texte besprechen.

4) Dr. Heinrich Suchsland, die Hagelversicherungs-Frage in Deutschland (Jena 1890, Fischer). Suchsland hat als Direktor des Bundes der Landwirte jenes Rundschreiben vom 8. Februar 1894 an die Hagelversicherungsgesellschaften in Gemeinschaft mit Dr. Roesicke unterzeichnet, welches ich noch besprechen werde, tritt aber in diesem Buche in aner kennenswerter Weise für die Aktiengesellschaften (wie v. Thuenen hienach) ein.

5) Oberförster Dr. Heß, Beitrag zur Lösung der Hagelversicherungs-Frage in Württemberg (Stuttg. 1895, Metzler). Sein Verdienst ist, das frühere württ. Hagelkataster abgefaßt zu haben, welches ich bei den früheren württ. Gesellschaften (S. 26 flg.) zu Grund gelegt habe. Beachtenswert erscheint mir sodann namentlich was Dr. Heß über die teilweise Wanderung der Hagelgefahr sagt und ich flechte hier die Behauptung eines Franzosen ein, welche die M. allg. Z. in den Monaten September oder Oktober brachte. Hienach entziehen dunkel-violette Sonnenstrahlen nicht nur den Metallen die Elektrizität, sondern auch den Cirruswolken und verhindern dadurch die Auflösung des Hagels in Regen. Wenn hieran etwas Wahres ist, so läßt sich auch die Frage aufwerfen, ob die zunehmende Verwendung der Elektrizität nicht auf das Wetter überhaupt von Einfluß ist? Heß ist für Zwangsversicherung und ich werde bei dieser auf ihn zurückkommen.

6) Socialisten verschiedener Art und Agrarier. Hierher gehören namentlich Prof. Dr. Ad. Wagner und die Commission des deutschen Landwirtschaftsrates. Ersterer, dessen Schrift über Versicherung ich ausführlich besprechen muß, hat sich gewaltig geirrt, als er das Minimum von Kraftaufwand und das Maximum von Effect, der Staatsversicherung mit Zwang, bei gleichen Prämien für verschiedene Gefahr, zuschrieb. Die bezeichnete Commission verfiel dagegen zwar

nicht in Zwang, stellte aber in der Provinzialversicherung mit Distriktseinteilung auch die Staatsversicherung als Mustergrundlage auf, wobei unbeschränkte Gegenseitigkeit und Verband im Hintergrunde stehen. (Vgl. Suchsland S. 119 flg.)

7) v. Thüemen, Geschichte des Hagelversicherungswezens in Deutschland (Dresden 1896, Schoenfeld). Dieser treßlichen Schrift habe ich namentlich geschichtliche Notizen und Durchschnittsberechnungen entnommen.

8) Der ohne Nennung des Verfassers alljährlich in Wallmann's Verlag zu Lankwitz—Groß Lichterfelde erscheinende sogen. Hagelversicherungskalender und die in demselben Verlag 2mal monatlich erscheinende allgemeine Hagelversicherungs=Zeitung.

Sodann habe ich hier kurz zu besprechen:

A) Die Hagelgefährlichkeit, wobei ich mich auf das Musterwerk beschränke von Dr. Anton Bühler, Prof. der Forstwissenschaft am Polytechnikum Zürich (jetzt in Tübingen), die Hagelbeschädigungen in Württemberg während der 60 Jahre 1828—1887, nach amtlichen Quellen bearbeitet in den württbg. Jahrbüchern, Jahrgang 1888. (Stuttgart, Kohlhammer 1890).

Wegen des Zusammenhangs von Gefahr und Versicherung erlaube ich mir diese ausgezeichnete Arbeit hier zu besprechen, welche als Vorbild auch über Württemberg hinaus Wert hat. Sie wurde durch eine Verordnung von 1825 ermöglicht, welcher schon 1814 und 1809 ähnliche Anordnungen vorausgegangen sind.

Man findet in der Verordnung von 1825 bereits das gegenwärtige Schätzungsverfahren des Schadens nach Teilen der voraussichtlichen Ernte, sowie die Nachbesichtigung vor der Ernte, bei welcher jetzt in der Regel erst die Hauptschätzung

IV

stattfindet, während zur Berechnung des Steuernachlasses hier nur die Richtigstellung der unmittelbar nach dem Hagelschlag erfolgten Schätzung stattfindet.

Als Beweise für die Trefflichkeit der Bühler'schen Schrift führe ich folgendes an:

a) Die Zusammenstellung der bedeutenderen Hagelschläge einer jeden Gemeinde von Württemberg, welche dieselbe während der 60 Jahre 1828—1867 erlitten hat, nach Jahr und Tag geordnet, unter Angabe der verhagelten Fläche.

b) Die Abhandlung über den Einfluß der Bodengestaltung. Den meist verhagelten Gemeinden — heißt es hier — ist die Wirkung eines Höhenrückens oder einer Berghalde auf die heranziehenden Luftschichten gemeinsam. Die unteren werden gestaut, die höheren zum Aufsteigen am Hange genötigt und schon bei Hängen von 200—400 Meter wird die Temperatur um 2—4 Grad C. erniedrigt. Dadurch entstehen verschiedene Geschwindigkeiten, Wirbel und Trichter.

c) Die Abhandlung über die 12 großen und eine Reihe kleinerer sog. Zugstraßen der Gewitter in Württ., deren Breite in der Regel 7—10 Kilometer beträgt, während die Länge selten über 150 Kilometer hinausgeht. Als berechtigt wird hier auch die Volksansicht über die sog. Wetterscheiden anerkannt.

d) Die Abhandlung über den Einfluß des Waldes auf Minderung der Hagelgefahr.

Nach Bühler läßt der Wald die Gewitter durch, ohne bei Fahrstraßen deren geraden Lauf zu unterbrechen, verlangt aber die Geschwindigkeit. Bühler nennt uns 2 Wäldchen in Württemberg, welche nach der Volksansicht den Hagel bannen und im Strohgäu soll sich, wie ich hörte, ein Wald befunden haben, durch dessen Ausrodung dem Winde Zutritt verschafft und das Klima einiger Markungen verschlechtert worden ist.

Es ist unzweifelhaft ein Verdienst von Bühler, daß er

mit der seit etwa 40 Jahren eingerissenen Verwerfung alles und jedes Einflusses des Waldes auf Verminderung der Hagelgefahr gebrochen und wenn auch nicht bei kleinen, so doch bei großen Waldbeständen, und wenn auch nicht für die Wetterseite, so doch für östliche Lage, den Wald als „mitwirkenden Faktor“ anerkannt hat. Dabei hatte er namentlich den württ. Schwarzwald im Auge und erklärte, daß eine Verminderung der Bestände hier zu einer Vermehrung der Hagelgefahr geführt habe, bzw. noch führt. Bei der gewissenhaften Abwägung der für und gegen den Einfluß des Waldes sprechenden Punkte, welche Bühler bezüglich aller größeren Bestände Württembergs vornimmt, stellt er unter Anderem eine Vergleichung des Schwarzwaldoberamts Neuenbürg mit dem Oberamt Urach an, welches mehr als die Hälfte seines Gebiets auf der schwäb. Alp hat. Beide Oberämter liegen in keiner Gewitter-Fahrstraße, das Oberamt Neuenbürg aber hat die höchste Anzahl von in 60 Jahren hagelfrei gebliebenen Gemeinden, nämlich 20, während bei den übrigen Gemeinden die höchste Zahl des Hagelfalls nur 3 und dieß bei einer einzigen, von im Ganzen 35 Gemeinden beträgt. Von den 28 Gemeinden des Oberamts Urach dagegen haben Hagelschläge innerhalb der obigen 60 Jahre erlitten: 5 je 1, 1—2, 3 je 3, 2 je 4, 3 je 5, 1—6, 1—7, 2 je 8, 2 je 9, 6 je 10, 1—11, und 1 (Böhringen) 16.

c) Die reichen Beilagen, wovon ich diejenigen über die Zugstraßen der Gewitter und die allgemeine Hagelfarte hervorhebe, bei welcher nur die 3 höchsten Stufen durch die Farben sich besser von einander abheben sollten. Im Uebrigen läßt sich auf ihr verfolgen, wie Württemberg in den 60 Jahren 1828—1887 in 199 Gemeinden frei von bedeutendem Hagelschaden geblieben

in 702 Gemeinden	1—2	Mal Hagelschlag erlitten
„ 568	„	3—4 „ „ „

VI

in 272 Gemeinden	5—6 Mal Hagelschlag erlitten
" 115 "	7—8 " " "
" 41 "	9—10 " " "
" 14 "	11—18 " " "

Die Notiz der allg. S.-Ztg. 30. Juni 1897, worin den Rahlschlägen eine besondere Hagelgefahr beigelegt und behauptet wird, daß im Oberamt Ehingen wegen des Laubholzes 22mal mehr Hagelschläge vorkommen, als im Oberamt Freudenstadt bei Nadelholz, stimmt bezüglich des Holzunterschiedes nicht mit der Bühler'schen Ansicht überein (ganz abgesehen von der mangelnden Zeitangabe). Im Uebrigen entfallen in das Oberamt Ehingen die 2 Gewitter-Fahrstraßen nördlich der Donau, während das Oberamt Freudenstadt 12 hagelfreie Gemeinden hat und die anderen den mittleren Hagelzonen angehören.

B) Die Verbindung der Hagelversicherung mit anderen Versicherungszweigen.

v. Justi, auf welchen ich im Texte zu sprechen kommen werde, wollte die Feuerversicherung einer Leihbank auf Häuser angliedern und andere Versicherungszweige, wie diejenige gegen Wasserschaden, mit der betr. Verwaltung oder Polizei verbinden, eine Verbindung des Hagels strebte er aber nicht an. Da letztere neuerdings mit Sturm und Wasser geplant wurde, (M. allg. Ztg. 27. Mai 1898), so will ich dieß kurz hier erörtern: Es walten 2 verschiedene Gesichtspunkte bei der Empfehlung der Angliederung ob. Von einer Seite will man die Versicherung des Hagels begünstigen durch Angliederung und zu Lasten der Feuerversicherung (Bayern), von der anderen Seite die Hagelprämien, welche jetzt schon schwer genug empfunden werden, noch beschweren durch Angliederung des Betreffs von Sturm-, Ueberschwennungs-, Explosions- und Erdbeben-Schadens. Beides giebt überdieß keine reine Rech-

nung und bezüglich der letzteren Unglücksfälle fehlt die Statistik. Hier ist also, bis man Erfahrungen geschöpft hat, nur Versicherung auf Gegenseitigkeit mit beschränkter Entschädigung möglich. Bis 1892 gab es in Deutschland eine Gesellschaft, welche neben Hagel auch Sturm in Versicherung nahm, nämlich die Patria, und in Württemberg ersetzt die staatliche Gebäude-Brandversicherung unter Umständen auch solchen Explosionschaden, welcher durch Licht bei Gas entsteht.

C) Die Beteiligung an der Hagel-Versicherung.

Sie steht im Allgemeinen in geradem Verhältnis zur Gefahr und zur Wohlhabenheit des Versicherenden; aber es giebt auch bedeutende Ausnahmen, wozu das Großherzogtum Baden gehört, welches bei der höchsten Gefahr und großer Wohlhabenheit, den niedersten versicherten Prozentsatz (3 %) des versicherungsbedürftigen Bodens 1896 auswies, wogegen das minder gefährliche und minder wohlhabende Württemberg 12 % versichert hatte. Zu großem Teile wird sich dieß durch den Mehrbesitz Badens an Neben und Gartenland erklären lassen, zum kleineren aber dadurch, daß sich der wohlhabendere Badener (den Odenwald ausgenommen), wie man sagt, bei sich selbst versichert, d. h. die Prämien zur Selbstdeckung eines Verlustes aufspart. Als Beweis hiefür kann das badische Amt Eppingen angeführt werden, welches von dem Gewitter in der Nacht vom 30. Juni auf 1. Juli 1897 gestreift wurde und wo nahezu Niemand versichert war.

Vergleicht man dagegen Württemberg und Baden gemeinschaftlich mit Bayern, wo 18 % der versicherungsbedürftigen Fläche 1896 versichert waren, so findet man den von v. Thuemen angegebenen Grund der geringeren Voderzersplitterung als zutreffend und noch mehr ist dieß der Fall, wenn man die Vergleichung mit Preußen (49 %) und Königreich Sachsen (50 %) anstellt. Dabei darf aber nicht verschwiegen

VIII

werden, daß sich die Beteiligung in Württemberg seit 1896 bedeutend gehoben, vielleicht sogar verdoppelt hat, teils infolge des Vertrags mit der Norddeutschen, teils infolge des letzten großen Hagelschlags. (Vgl. auch die Ermahnungen des Pfarrers Blumhardt von Boll zur Versicherung und die heitere Geschichte von dem Gänshirten, welcher von seinem Weibe geschlagen wurde weil es nicht gehagelt hatte, später aber, nachdem es gehagelt hatte, Brod, Wein und Käse vorgesetzt erhielt, in meinem Einst und Jetzt im Bodenkredit.)

Zum Schlusse statte ich allen denjenigen Herren meinen Dank ab, welche mich bei dieser schwierigen Arbeit unterstützt haben, namentlich den H. Generaldirektoren Deter von der Berliner H.-A.-G. und Dr. Sahn von der Magdeburger H.-B.-G., sowie dem H. Regierungsrat Falck von der württ. Centralleitung des Wohlthätigkeitsvereins und dem H. Generalagenten der Nordd. H.-B.-G. für Württemberg, Reclam. Mit der Bitte um freundliche Aufnahme!

Stuttgart, 30. Januar 1899.

Der Verfasser.

A. Allgemein Geschichtliches

und die Berliner Hagelasssekuranz-Gesellschaften

von 1822 und 1832.

Der Erste, welcher die Hagelversicherung und nebenbei gesagt, die Wasserversicherung vorschlug (1758), scheint von Justi gewesen zu sein in seiner Staatswirtschaft I 287. Derselbe war in Thüringen geboren, wurde Professor der Kameralwissenschaft zu Wien und Göttingen, Colonialinspektor in Dänemark und Berghauptmann unter Friedrich dem Großen, welcher ihn 1768 auf die Festung Küstrin setzen ließ, wo er 1782 (nach Roscher 1771) gestorben ist. Verwirklicht wurde die Hagelversicherung beinahe gleichzeitig in Frankreich, durch zwei Gegenseitigkeitsgesellschaften, auf welche in Schottland derartige Gesellschaften und zu Ende des vorigen Jahrhunderts auch zwei in Deutschland folgten, wovon die ältere zu Braunschweig 1791 gegründet wurde.

Es folgte eine Reihe von Gegenseitigkeitsgesellschaften, welche sich sachgemäß große Beschränkung im Gebiete und wohl auch in der Aufnahme und Entschädigung auflegten. 1822 entstand die erste Aktiengesellschaft in der Berliner Hagel-Asssekuranz-Gesellschaft, welche gegen Vorausbezahlung fester Prämien, Ersatz der wirklichen Schäden an den Bodenerzeugnissen innerhalb der versicherten Beträge gewährte. Sie erstreckte sich bereits auf ganz Norddeutschland, löste sich aber 1832 auf, nachdem sie ihre sämtlichen Verbindlichkeiten erfüllt hatte. Der sonderbare Grund davon lag darin, daß die Regierung ihr nicht erlaubte, die Prämien ihren eigenen Verlusten entsprechend, zu erhöhen und

in der Schrift von v. Thuemen findet der Leser die Bedrängnis, in welche dadurch die norddeutschen Landwirte und Domänen-Pächter versetzt wurden. Da trat in edler Hochherzigkeit König Friedrich Wilhelm III mit seinem Privatvermögen in die Lücke, indem er 100 Aktien à 1000 Th., unter Verzicht auf etwaige Dividende, zeichnete, womit die Gesellschaft sich von Neuem bildete unter dem Firmenzusatz „von 1832.“

Zu obigen 100 000 Th. kamen 1833 noch 400 000 Th., so daß das Aktien-Kapital eine halbe Million Thaler betrug, wovon aber schon 1839 ganze $\frac{2}{5}$ verloren gingen und die Jahre 1848 und 1853 Weiteres in Anspruch nahmen. Trotzdem konnte sich die Gesellschaft, welche nun ihre Prämien den Schäden anpassen durfte, behaupten und sogar auf ganz Deutschland, mit Ausnahme von Baden und Bayern ausdehnen. Das 1871 zu Deutschland gekommene Elsaß sowie Lothringen, blieben ebenfalls ausgeschlossen.

Das Grundkapital der Gesellschaft besteht jetzt aus 3 Millionen Mark und ist in 1000 Aktien à 3000 Mark geteilt, wovon jedoch nur $\frac{1}{5}$ baar eingezahlt ist, während $\frac{4}{5}$ aus Eigenwechseln der Aktionäre bestehen, welche 2 Monate nach Sicht verfallen.

Diese Deckungsweise ist nicht nur genügend, sondern der vollständigen Baardeckung sogar vorzuziehen, weil solche Wechsel schneller flüssig gemacht werden können, als auf Hypotheken ausgeliehenes Geld, und die nötigen Vorsichtsmaßregeln zum Ausschluß sog. Strohmannen getroffen sind. Das Handelsgesetzbuch hat deshalb auch den Versicherungsgesellschaften erlaubt, das Aktien-Kapital vor vollständiger Baardeckung zu erhöhen.

Die Dividenden beziehen sich aber nur auf das eingeschossene Kapital und es ist fürwahr keine Kleinigkeit, mit bedeutender Wechselverbindlichkeit fortwährend belastet zu sein.

1862 wurde die Berliner Hagel-Affekuranzgesellschaft von 1832 für Württemberg concessionirt, hatte jedoch hiefür, sowie für Hohenzollern, abweichende Bedingungen und hat leider unter dem 14. Dezember 1897 ihren Geschäftsbetrieb in ganz Süddeutschland aufgegeben. Im Württbg. Staats-Anzeiger vom 15. Dezember 1897 zeigte ihr Direktor, Herr H. Deter, den Versicherungsnehmern dieß mit der Erklärung an, der Aufsichtsrat habe von seinem in den Versicherungsbedingungen enthaltenen Rechte Gebrauch gemacht und jeze mit dem Zeitpunkt dieser Veröffentlichung auch die laufenden Versicherungsverträge außer Kraft. In einem Rundschreiben an die Agenten vom 14. Dezember 1897 heißt es: Die in unserem letzten Zirkular ausgesprochene Befürchtung, daß unser Geschäft in Württemberg und Hohenzollern voraussichtlich auch in Zukunft verlustbringend werde, hat 1897 ihre Bestätigung gefunden. Während unser norddeutsches Geschäft mit einem sehr befriedigenden Gewinn gearbeitet hat, ist uns in Süddeutschland abermals ein Verlust und zwar durch besonders glücklichen Zufall nur von 9139 Mark zugefügt worden. (Es handelte sich um einen weiteren Verlust von 60—80 000 Mark in der Nacht vom 30. Juni auf 1. Juli 1897.)

Der Gesamtverlust, welchen wir seit Anbeginn unserer dortigen Thätigkeit, d. h. seit 1862, dort erlitten haben, stellt sich auf 265 668 Mark und da wir wegen der einseitigen staatlichen Begünstigung einer Konkurrenzgesellschaft in Württemberg, trotz der anerkanntswerten Tüchtigkeit und Strebbarkeit unserer Generalagentur und unserer Herren Agenten, auch in Zukunft wenig Aussicht auf einen auch nur teilweisen Ausgleich dieses Verlustes haben, so hat unser Aufsichtsrat beschlossen, den Geschäftsbetrieb in Süddeutschland aufzugeben.

Schon in einem Zirkular vom 25. März 1897 stand, das Jahr 1896 habe mit seiner frühen Fruchtentwicklung und

der über alles Erwarten spät beendigten Ernte, allen Hagelversicherungs-Gesellschaften ungewöhnlich schwere Schäden gebracht, so daß keine einzige derselben mit den im Frühjahr erhobenen Prämien ausgekommen sei. Bei den Aktiengesellschaften seien die Verluste durch die Zinsen des Grundkapitals, Reserven und sonstige Fonds, gedeckt worden. Speciell die Berliner Hagel-Affekuranzgesellschaft von 1832 habe mit einem Verlust von 82 174 Mark abgeschlossen, welcher aus dem Reservefonds und mit 46 000 Mark aus dem Grundkapital getilgt worden sei. Das letztere betrage zurzeit 2 954 000 Mark und reiche, bei dem verhältnismäßig geringen Umfang des Geschäfts, selbst für eine ganze Reihe hintereinander folgender schwerer Verlustjahre aus.

Ganz besonders verlustbringend sei im letzten Jahre das Geschäft in Württemberg gewesen, welches mit Hohenzollern unter Berücksichtigung der Verwaltungskosten einen Verlust von 22 375 Mark gebracht habe, so daß der Verlust, mit welchem die Gesellschaft von Anbeginn der Thätigkeit in diesen Landen gearbeitet habe, auf 256 520 Mark gestiegen sei. (Hiezu erlaube ich mir die Bemerkung, daß Hohenzollern im Allgemeinen für hagelgefährlicher gilt als Württemberg.)

Der Jahresbericht selbst enthält Folgendes: Das Hagelversicherungs-Geschäft ist im Jahre 1897 ebenso wie im vorhergehenden Jahre im Allgemeinen ungünstig verlaufen. Zwar war es den meisten Gesellschaften in Folge guter Fruchtentwicklung und einer in den ersten Anfängen erkennbaren Steigerung der Getreidepreise möglich, einen Zuwachs an Versicherungssumme und Prämie zu erzielen; dagegen sind die 1897er Hagelwetter, welche sich meist auf verhältnismäßig kleinem, scharf abgegrenzten Terrain entluden, vielfach von einer alle Vegetation vernichtenden Gewalt gewesen, und es haben deshalb nur wenige Gesellschaften — darunter glück-

licherweise auch die unsrige — an ihren Prämien-Einnahmen nennenswerte Ueberschüsse erzielt bezw. mit einem befriedigenden Ergebnis abgeschlossen. Von den Gegenseitigkeits-Gesellschaften, welche mit Vor- und Nachschußprämien arbeiten, hat wieder nur eine Anstalt ohne Nachschuß auskommen können; alle übrigen forderten Nachschüsse und zwar in Höhe von 15 bis 175 % ein. Ueber eine Gegenseitigkeits-Gesellschaft, welche seit 1895 in Liquidation stand und seit 1896 keine Versicherung mehr abschloß, ist im Laufe des Jahres auf Antrag der Gerichtskasse der Konkurs verhängt worden.

Bei unserer Gesellschaft wurde ein Geschäftszuwachs erzielt an Versicherungen von 1985, an Versicherungssumme von 5761394 Mark und an Prämien von 49719 Mark. Dagegen ist der Prämien-Durchschnitt von 1,00 % auf 0,99 % zurückgegangen, weil wir fortgesetzt Sorge getragen haben, unser Geschäft in den günstigeren, also niedriger tarifierten Gegenden mehr auszudehnen.

Die durchschnittliche Versicherungssumme ist in Folge Hinzutretens vieler kleinen Versicherungen von 4176 Mark im Vorjahre, auf 4055 Mark gefallen.

Ich handle diese Gesellschaft hier besonders ausführlich ab, weil ihre Bedingungen von Anfang an so vorzüglich waren, daß dieselben von allen Aktien- und teilweise auch von den Gegenseitigkeitsgesellschaften zum Vorbild genommen worden sind. Außerdem soll der Leser damit ein Bild von dem Verfahren bei der Hagelversicherung überhaupt erhalten.

Lehrreich ist insbesondere die Betrachtung, wie dieser Gesellschaft bei ihrem Beginn das Aktienkapital und später der Reservefonds, über große Gewitterschäden hinübergeholfen haben, wobei man großen Wert auf die geringen Schwankungen der Prämien in so langer Zeit zu legen hat.

Nach Richter fiel die niederste Prämie für 100 Mark Versicherungssumme von 1870—1877 in das letzte Jahr mit

1,07 Mark, die höchste in das Jahr 1874 mit 1,36 und der Durchschnitt dieser 7 Jahre war 1,22.

Ueber 1878 und 1879 fehlt mir die Prämienangabe, dagegen findet sich dieselbe über 1880—1894 bei v. Thuemen und hier fällt die niederste Prämie in das Jahr 1880 mit 0,91, die höchste in das Jahr 1887 mit 1,10, während der Durchschnitt 1,01 beträgt.

Versichert können nur die Bodenerzeugnisse, ohne die Stöcke werden, weil ein Ersatz der letzteren rein unmöglich wäre. Den Ausdruck „Stöcke“ habe ich dem früheren Hagelversicherungsverein für das Königreich Bayern entnommen, welcher später in der dortigen Staatsversicherung aufgegangen ist. Daß die Berliner H.-A.-G. wie die meisten Gesellschaften, kein Obst in Versicherung nimmt, hätte ich beanstanden müssen, wenn Süddeutschland nicht von ihr aufgegeben worden wäre. Zuzugeben ist, daß diese Versicherung sehr schwierig ist, daß sie aber nicht unmöglich ist, hat die frühere württembergische Versicherung bewiesen und beweist heute noch die Bayerische Landes-H.-V.-Anstalt.

Die Trauben werden bei allen Vers.-Anstalten erst nach der Blüte genommen und da der Prämientarif für sie hoch gestellt werden muß, soll die Zahl der versicherten Weinberge in Württemberg sehr klein sein, was leicht begreiflich ist, wenn man erwägt, daß der Weinbauer ungefähr den 4fachen Betrag gegenüber der Körnerfrucht zu zahlen hat und unter 5—8 Jahren kaum eine gute Ernte in Aussicht hat, während in den anderen Jahren meistens Frost und sonstige Schäden, selten aber Hagel, die Ursache des Mißwachses bilden. Dagegen wird Hopfen bei uns häufig versichert und die Gesellschaften bedingen sich dabei aus, die weitere Kultur verhagelter Hopfengärten leiten zu dürfen. Sie machen davon auch in der Regel Gebrauch, indem sie das Abbrechen eines Teils der Dolben vorschreiben.

Außer Hopfen werden bei uns namentlich noch Delfrüchte und Zuckerriiben versichert.

Bei Futterpflanzen gilt nur der erste Schnitt für versichert, falls man nicht den zweiten besonders versichert. Bei Stroh kommt die Schwierigkeit, daß man es wohl nach der Art der Hauptfrucht, nicht aber nach einer speziellen Verwendungsart (der sog. Qualitätsversicherung) versichern kann. Es haben deshalb alle Gesellschaften hier den Prämientarif in Bruchteilen von den Versicherungssummen der Hauptfrucht abgefaßt, ich werde aber bei der Norddeutschen, welche hievon Ausnahmen zuläßt, darauf zurückkommen.

Uebrigens ist zu berücksichtigen, daß speziell die Hauptfrüchte verhältnismäßig sehr niedere Prämien zu bezahlen haben.

Hiermit hängt folgende Bestimmung zusammen, welche in der Hauptsache wiederum in sämtliche Gesellschaftsstatuten übergegangen ist: Bei Wein, Hopfen, Hackfrüchten und Stroh von Salin-, Hülsen- und Delfrüchten wird nur der Schaden an der Menge, nicht auch derjenige an der Güte ersetzt. Bei Wein, Hopfen, Hackfrüchten, rechtfertigt sich die Bestimmung durch die verschiedenen Witterungseinflüsse, welche man nicht auseinander halten kann und ich habe jetzt nur noch zu bemerken, daß bei Berlin das Stroh mit der Hauptfrucht versichert werden muß, wogegen bei Magdeburg dies nur für Süddeutschland vorgeschrieben ist.

Im Uebrigen ist die Strohverversicherung der B. H.-A.-G. allgemein nachgeahmt worden.

Berechtigt und gegen Betrug sichernd ist sodann die allgemeine Bedingung, daß von einer und derselben Gattung die gesamte Bestellung zur Versicherung gebracht werden muß.

Sämtliche Abschätzungsarbeiten gehören nicht vor den Richter, sondern es gehört dahin nur die Frage, ob überhaupt

eine Entschädigungspflicht der Gesellschaft besteht, ob also nicht etwa ein Verstoß gegen die allgemeinen Versicherungsbedingungen gemacht und der Versicherte dadurch seines Anspruches verlustig geworden ist.

Der geringste Betrag, welcher die Gesellschaft zur Entschädigung verpflichtet, ist 8% und um einen ähnlichen Prozentsatz handelt es sich bei den anderen Gesellschaften. Die Anzeige von erlittenem Hagelschlag muß hier binnen 72 St. bei der betr. Generalagentur erfolgen und gilt als Aufforderung zur Abschätzung, womit Unkosten verknüpft sind, weshalb eine Art Conventionalstrafe eintritt, wenn obiger Mindestschaden nicht vorhanden ist.

Eine besondere Einräumung ist hier jedoch, daß man sich 8 Tage Bedenkzeit bezüglich der Abschätzung bei der bloßen Schadens-Anmeldung ausbitten darf.

Die Versicherung hört in jedem Jahre auf, bei Wein mit dem Beginn der Lese in den betreffenden Anlagen, bei Flachs und Hanf sobald dieselben nicht mehr im Boden wurzeln, bei allen übrigen Bodenerzeugnissen sobald dieselben abgefahren oder in Diemen (Feimen, Schobern, Mieten) zusammengefaßt sind, oder die ortsübliche Erntezeit der versicherten Fruchtgattungen überschritten ist. Letztere Bestimmung kann in Folge schlechten Wetters oder Arbeitermangels hinderlich werden, eine Gesellschaft wie die V. G.-A. wird sie aber nie mißbrauchen und man kann durch zweckentsprechende Ernte auch manchen Hagelschaden abwenden. Bei frühem Hagelschlage hat der Beschädigte überdies das Recht, alsbaldige Schadensregulierung zu verlangen, damit er das Feld neu bestellen oder anderwärts verwenden kann.

Sodann bemerke ich hier schon, daß man, um sicher zu sein, seinen Schaden wenigstens annähernd ersetzt zu erhalten, bei allen Gesellschaften sich so hoch versichern muß, als man

vermuten kann, daß sich der Rohertrag stelle, und daß man dies auch mit gutem Gewissen thun darf, wegen des sogen. Reduktionsverfahrens.

Dies besteht in dem Rechte und der Pflicht aller Gesellschaften, (die sog. norddeutsche ausgenommen) nach Hagelschlag an der versicherten Summe soviel zu kürzen, als ohne Hagelschlag voraussichtlich nicht gewachsen wäre.

Eine Rückzahlung des Mehrbetrags an Prämie findet hierbei nur ganz ausnahmsweise statt; man kann aber den Gesellschaften deshalb auch keinen Vorwurf machen, denn einerseits war die überschießende Prämie Vergelt gegen dasjenige, was mehr hätte wachsen und zerstört werden können, andererseits liegt hierin eine Zügelung der Uebersicherung. Um letzterer weitere Grenzen zu ziehen, sind folgende Höchstzahlen für die Fruchtversicherung (nach dem Steigen der Früchte im spanisch-amerikanischen Kriege) gezogen worden:

Bezeichnung des Gemäses resp. des Gewichtes.	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Plümenfrüchte eigl. Lupinen.	Lupinen u. Gemenge von Halm- u. Hülsen- früchten.	Wachweizen oder Feldkörn	Getreide	Rüben samen aller Arten	Kümmel	Senf	Tabak
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Neues Gemäß und Gewicht des deutschen Reiches.												
Heftloster — 100 Liter = 1 ² / ₁₁	30	28	23	15	26	21	18	26				
Berliner Scheffel	20	17	16	13	17	15	15	18	40	40	30	40
50 Kilogramm = 1 Holl-Geminer												

Sämtliche Preise verstehen sich einschließlich des Strohs. Chevalier- oder Saalgerste, sowie Victoria-Erbisen, können auf Verlangen um 1 Mark für 50 Kilogramm höher versichert werden.

Eine Reduktion der verbrieften Fruchtpreise findet nicht statt, sondern dieselbe kann sich nur auf die Roherträge an Früchten beziehen, wogegen natürlich bei einem Sinken der

Fruchtpreise auch wieder niedrigere Fruchtpreise für neue Verträge kommen können.

Außerdem ist sowohl hier als bei Magdeburg und wohl bei sämtlichen Aktiengesellschaften, sehr anzuerkennen, daß sie nicht wie die Norddeutsche sehr verschiedene Höchstzahlen haben, in welche die Direktion die betreffende Feldmark auf Grund der Bodenverhältnisse einteilen darf.

Die Versicherung beginnt für diejenigen, welche weder fortlaufend noch mehrjährig versichert haben, an dem auf Eingang des Antrags mit dem Anbauverzeichnis und nach erfolgter Bezahlung der Prämie samt Nebenkosten, nächstfolgenden Tage Mittags 12 Uhr.

Die Schadensermittlung findet in den weitaus meisten Fällen im Wege gütlicher Uebereinkunft statt unter Abzug von 10 % (früher 5 %) an der Entschädigungssumme für die Kosten der Abschätzung. Andernfalls muß der Versicherte binnen 24 Stunden einen Sachverständigen für ein Schiedsgericht wählen, zu welchem die Gesellschaft einen zweiten wählt, welcher beide sodann im Falle, daß sie sich nicht einigen, einen Obmann zu wählen haben. Können sich die 2 Sachverständigen auch hierüber nicht einigen, so hat der Versicherte aus 3 ihm von der Gesellschaft vorgeschlagenen Personen den Obmann zu wählen, welcher alsdann selbständig und endgültig zu entscheiden hat — das sog. Obmannsverfahren.

Die Sachverständigen haben bei der sog. formellen Taxe zu schätzen:

- 1) Der wievielte Teil des Grundstücks vom Hagel betroffen worden,
- 2) Welchen Ertrag die versicherten Bodenerzeugnisse auf der vom Hagel betroffenen Fläche nach erlangter Reife geliefert haben würden, wenn kein Hagelschlag eingetreten wäre,

3) Der wievielte Teil dieses Ertrags an Körnern und an Stroh durch den Hagelschlag verloren gegangen ist.

Die Kosten eines solchen endgültigen Schiedspruchs betragen $12\frac{1}{2}\%$ (früher $7,5\%$) von der Entschädigungssumme und wird ein Schaden überhaupt als nicht ersatzpflichtig erklärt, so ist eine Pauschsumme bis zu 150 Mark zu erlegen.

Schwierig kann besonders die Entscheidung der Frage sein, ob es sich um Schaden infolge von Hagel oder von anderen Ereignissen handelt und ich verweise hierüber auf die treffliche Ausführung in der allgemeinen Hagelzeitung vom 21. Mai 1897 flg.

Die Auszahlung der Entschädigung erfolgt einen Monat nach deren Festsetzung.

Auch dieses einfache und höchst zweckmäßige Abschätzungsverfahren wurde mit unbedeutenden Abweichungen allgemein nachgeahmt, und die größte Rechtfertigung desselben liegt in der Thatfache, daß die Gesellschaft von den 10 132 Schäden der letzten 5 Jahre 10 116 durch gütliche Einigung und nur 16 durch formelle Tage erledigte, wogegen kein einziger zum Obmannsverfahren geführt hat.

Hierin liegt namentlich für die Besitzer kleiner Grundstücke eine Beruhigung bezüglich guter Behandlung im Schadensfalle und die V. G.-M.-G. hat, wie schon oben bemerkt, speziell in diesem Kreise eine Zunahme ihrer Versicherungsnehmer zu verzeichnen. Groß steht ferner die Gesellschaft in dem Punkte da, daß sie über Gefahr und Prämie nie mit sich handeln ließ. Ich habe diesen Ausdruck meiner ersten Schrift über Arbeiterversicherung entnommen und möchte denselben dahin erläutern, daß die Versicherungsbedingungen wohl auch Begünstigungen für längere Versicherungen enthalten, aber nur allgemeiner Art.

Die früheren Begünstigungen, welche sich noch bei Richter

vorfinden, bestanden teils in der jetzt als „fortlaufend“ bezeichneten Versicherung, teils bei 5jähriger Versicherung in begrenzter Prämienermäßigung, für den Fall, daß weder Hagelschlag ersetzt, noch angemeldet worden war.

Seit 1897 besteht die sog. fortlaufende Versicherung (auf besonderem Formular) darin, daß man sich zunächst für ein Jahr und falls man im Sept. nicht kündigt für ein weiteres versichert. Der Versicherungsantrag für das erste Jahr soll bis 31. Mai und für die Folgejahre je bis 10. Juni bei der Generalagentur eingegangen sein, welcher übrigens kein Kündigungsrecht zusteht, weshalb ich statt Versicherungsantrag das Wort Deklaration vorziehen würde, denn es handelt sich um ein Kulturverzeichnis über den Anbau des neuen Jahres, worin allerdings Änderungen stehen können, welche Nachversicherung zur Folge haben. Hagelt es aber im 1. Jahre dieser fortlaufenden Versicherung vor 1. Juni mittags, so ist der Betreffende versichert, selbst wenn er noch keinen Versicherungsantrag (Deklaration) eingereicht hat, und keine Prämie bezahlt ist. Es ist dies die sog. Vorausdeckung, welche die Gesellschaft schon im 1. Beitrittsjahre gewährt, wenn der Verpflichtete entweder im Vorjahre bei der Ges. schon in anderer Form versichert war, oder seinen vorjährigen Vers.-Schein von einer anderen Ges. an die Generalagentur, wenigstens vor dem Hagel eingereicht hat.

An die Stelle der zweiten Begünstigung trat die sog. mehrjährige Versicherung, wobei man auf das jährliche Kündigungsrecht des Versicherten, auch ohne Eintritt einer Prämienerrhöhung, verzichtet und sich statt früherer 5 Jahre jetzt für 6 Jahre vornherein mittelst besonderen Formulars zum Beitritt verbindlich macht. Außer vorstehender Vorausdeckung genießt man hier einen Rabatt von der jedesmaligen Jahresprämie, welcher im 1. Jahre 5 % beträgt

und in jedem Hagelfreien Folgejahr um 1 % bis zu 20 % steigt.

Eine Deklaration des Unbaus hat auch hier alljährlich zu erfolgen. Tritt Hagelschlag ein, so kehrt die Ermäßigung auf 5 % zurück und steigt von da an wieder wie früher jährlich um 1 %.

Vom 1. April an kann man jedoch die neuen Prämien bei jeder Agentur einsehen und im Falle einer Erhöhung derselben, noch in diesem Monat den Vertrag kündigen, falls man nicht im Vorjahre eine Entschädigung von mindestens doppelter Höhe der Vorprämie erhalten hat. Das Recht der Kündigung steht überdies jedem Versicherten zu (nicht aber der Gesellschaft), welcher eine Entschädigung bekommen hat, nur muß es schon innerhalb 8 Tagen vom Datum der Entschädigungsquittung an gerechnet, ausgeübt werden. Eine Prämienermäßigung der betr. Feldmark kommt ohne Weiteres den fortlaufend Versicherten zu gut.

Bezüglich der Uebertragbarkeit der Versicherung auf Erben, Gutskäufer und Pächter mögen die Bedingungen nachgelesen werden und wenn auch die Rabatte hier und bei Magdeburg entfernt nicht soweit gehen, wie bei einigen anderen Gesellschaften, so kann man doch behaupten, es sei darin dem Grunde genügt, welchen Fürst Bismarck einst für die Nichtreduktion der Versicherungssumme ins Feld geführt hat, nämlich der Billigkeit gegenüber langjährigen vom Hagel verschont gebliebenen Prämienzahlern.

Noch muß ich hier des sog. Flurmaximums Erwähnung thun, welches in dem stillschweigenden Rechte der Gesellschaften besteht, die Annahme von Versicherungen in einer und derselben Flur ohne Angabe zu beschränken, um durch einzelne Gewitter nicht zu großen Schaden zu erleiden. Speziell von der B. G.-A.-G. erhielt ich aber auch die Auskunft, daß da, wo sie jetzt überhaupt noch arbeite, d. h. in Nord- und

Mittel-Deutschland, sie von einem Sturmmaximum keinen Gebrauch mache, weshalb es auch in keiner Instruktion stehe. (Vgl. die Norddeutsche hienach).

Schließlich füge ich noch einige Rechnungsergebnisse und die Gewinnverteilung von 1897 an:

Die versicherte Summe betrug 84 786 716 Mark, die Prämieinnahmen 836 314 Mark; die Schäden beliefen sich auf 417 552 Mark, worunter sich 37 550 Mark Regulierungskosten befinden; die Verwaltungskosten betrugen 225 145 Mark und der Gewinn wurde in folgender Weise verteilt:

- | | |
|--|-------------|
| 1) Tantiemen v. Aufsichtsrat u. Direktion | M 24 897.14 |
| 2) Wiederergänzung des im vorigen Jahre angegriffenen Grundkapitals | „ 46 000.— |
| 3) Dotierung des gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds mit 5 % vom Reingewinn | „ 11 865.20 |
| 4) Dotierung des Extra-Reservefonds | „ 75 000.— |
| (Vom Reingewinn über 120 000 Mark wird die Hälfte dem Reservefonds zugeführt und kommt die andere Hälfte zur Dividende). | |
| 5) Dividende (wie vorstehend ausgeführt) | „ 75 000.— |
| 6) Uebertrag auf das nächste Rechnungsjahr | „ 4 541.60 |

Summe M 237 303.94

Die Bedingungen, welche die B. G.-A.-G. zuerst aufgestellt, haben bei einem Aufrufe des Bundes der Landwirte, 5 Aktien- und 5 Gegenseitigkeits-Gesellschaften die siegreiche Kraft zur Ablehnung verliehen. Unter dem Titel einer Reformvereinigung stellte nämlich dieser Bund 1894 nach v. Thuemen folgende Forderungen:

- a) Teilnahme der Abg. des Bundes an allen Verhandlungen der Generalversammlung;
- b) Zuziehung derselben zu den Schadensregulirungen;

c) Wahl des Obmanns bei Schadensregulirungen mit sog. formeller Taxe aus 3 vom Bunde vorgeschlagenen Mitgliedern;

d) 5 % Rabatt für die Bundesmitglieder und weitere 5 % für die Bundeskasse.

Bei v. Thuemen S. 29 flg. sind die 3 Gesellschaften verzeichnet, welche mehr oder weniger zu ihrem Schaden darauf eingegangen sind, ebendasselbst steht die würdige Antwort der 5 Aktiengesellschaften, mit der speziellen Aufforderung von Seiten der Union, an den Bund der Landwirte, die Mißstände namhaft zu machen, welche durch die Reform beseitigt werden sollen. Auf S. 32 folgt bei v. Thuemen die einer Entschuldigung gleichende Antwort des Bundes der Landwirte, wonach letzterer nur die nicht genügend consolidirten Hagelversicherungsgesellschaften im Auge gehabt habe, wie solche namentlich durch Neugründungen auf diesem Gebiete repräsentiert werden, d. h. wohl die neuen Gegenseitigkeitsgesellschaften.

Den 3 Gesellschaften aber (Patria in Magdeburg, Borussia und Hagelvers.-Bank von 1867 zu Berlin), welche sich auf dieses Anerbieten mehr oder weniger einließen und deshalb den Namen „Reformgesellschaften“ erhielten, ist die Sache nicht gut bekommen, auch hat der preuß. Minister für Landwirtschaft mit Recht erklärt, es vertrage sich das Ertheilen besonderer Rabatte an Mitglieder des Bundes der Landwirte nicht mit dem Geseze der Gegenseitigkeit und hat dasselbe demgemäß auch verboten.

B. Die Magdeburger Hagelversicherungs-Gesellschaft.

Im Jahre 1853 richtete der Hagel nicht nur in Württemberg, sondern in ganz Deutschland großen Schaden an, wodurch der Berliner H.-A.-G. allein ein Verlust von 422 271 Thaler entstand, aber auch die Versicherungslust ganz unverhältnismäßig wuchs, während die unbeschränkte Haft der Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit, in Folge der Nachschußpflicht unbeliebt wurde.

Da kam den reichen Feuerversicherungsgesellschaften der Gedanke, ihre großen Kapitalien, welche bei dieser Versicherung unverhältnismäßig leichter in Reserve gestellt werden können, von 1854 an auch in der Hagelversicherung werben zu lassen. Es waren dies die Kölnische, die Magdeburger und die Union (zu Weimar), wovon jede ein Aktienkapital von 3 Millionen Thaler hatte und hiezu kam 1856 noch die Vaterländische zu Elberfeld mit 1 Million Thaler.

Den großen Aufschwung, welchen diese Aktiengesellschaften bis 1863 nahmen, hat v. Thümen auf S. 23 zusammengestellt.

Die Magd. H.-A.-G. hat von ihren zur Ausgabe erlaubten 9 Millionen Mark bis jetzt nur 6 Millionen ausgegeben in 4000 Aktien à 1500 Mark, wovon $\frac{1}{3}$ einbezahlt ist, während für $\frac{2}{3}$ Sicherheit in Eigenwechselln geleistet wurde, welche schon 14 Tage nach Sicht („Wiedersicht“) verfallen.

Das außerdeutsche Geschäft hat die Gesellschaft schon seit mehreren Jahren aufgegeben und beschränkt sich jetzt auf Deutschland, mit Ausnahme Elsaß-Lothringens.

Auch bei dieser Gesellschaft ist die Prämie fest und wird für jede Gegend, bei einjährigen Versicherungen alljährlich, bei mehrjährigen auf die Dauer der Versicherung festgesetzt, jedoch hat bei mehrjähriger Versicherung, wenn eine Entschädigung für Hagelschlag eingetreten, hier jeder Teil das Recht, auf den Schluß des laufenden Kalenderjahres die Versicherung zu kündigen.

Wie ich schon bei der B. G.-A.-G. erwähnte, bildete sich dieselbe ihren Prämientarif für die einzelnen Getreidearten und die einzelnen Orte, zunächst an der Hand der Erfahrung und nahm sodann für die anderen Früchte, Vielsache von den betr. Prämien für das Getreide. Das Hauptverdienst von Magdeburg aber bestand darin, daß es mit Unterstützung der anderen Aktien-Gesellschaften ein sog. Prämientarif-Tableau ausarbeitete, welches die Spannung sowohl für Orts- als Pflanzengefährdungen enthält. Ich lasse dasselbe hier abgekürzt nach Richter folgen:

Das Tableau besteht aus 7 Gefahren-Klassen mit 22 Unterabteilungen, wodurch im Ganzen 154 Stufen entstehen, welche für jede Gefahrenklasse innerhalb folg. Grenzen liegen:

- | | |
|---|--------------|
| 1) Gräseren und Futterkräuter | 0,6 — 6,0 M |
| 2) Sämtliche Halm- u. Hülsen-Früchte, Gemenge mit Hülsenfrüchten, Lupinen und Mais, auch wenn diese Fruchtgattungen nur zur Grünfütterung gebaut werden | 0,7 — 8,0 „ |
| 3) Winter- und Sommer-Repß, Winter- und Sommer-Rübsen, Olivenöl, Dotter und Senf | 1,4 — 11,0 „ |
| 4) Runkel- und Zuckerrüben, Cichorien zur Rübengewinnung und Buchweizen | 2,0 — 12,0 „ |
| 5) Gespinnstpflanzen, Mohn, Hirse, Kanariensamen, Blumenkörner, Anis, Fenchel, Kümmel, Raufarben, Farbe- und | |

Gewürz-Kräuter, einschließlich Thimothee-
gras, Runkel- und Zucker-Rüben, Cicho-
rien, Zwiebel und Gemüse, soweit diese
Fruchtgattungen zur Samengewinnung
gebaut werden

2,5—12,0 „

6) Wein, Hopfen und Tabak als Pfeisengut

3,2—12,0 „

7) Tabak als Cigarren und Schnupftabaks-
gut

5,2—14,0 „

Die Generaldirektion von Magdeburg hatte die Güte,
mir unter dem 17. Dez. 1897 über Prämien und Ründbar-
keit folgende Auskunft zu geben:

- 1) Bezüglich der Tarifierung treffen die Angaben im
Richterschen Werke im wesentlichen noch zu. Die in-
zwischen eingetretenen Aenderungen sind unbedeutend
und daher nicht erwähnenswert; wir möchten jedoch
hierbei darauf aufmerksam machen, daß nur die niedri-
geren Sätze in Betracht kommen, da die höheren über-
haupt oder doch nur in den aller seltensten Fällen bezahlt
werden, also sozusagen nur auf dem Papier stehen.
- 2) Die Abweichungen, welche Ihnen zwischen den Prämien-
sätzen unserer Gesellschaft und denjenigen der Berliner
Gesellschaft aufgefallen sind, haben darin ihren Grund,
daß der gemeinschaftliche Tarif, den wir für das König-
reich Württemberg mit der genannten Gesellschaft ver-
einbarten, ebenso wie derjenige von sämtlichen 5 deutschen
Aktien-Gesellschaften festgesetzte Tarif für das übrige
Deutschland nur die Minimal sätze umfaßt, während
also die Gesellschaften unter diesen Sätzen neue Ver-
sicherungen nicht abschließen, steht es jeder derselben
frei, höhere Prämien zu fordern, wenn ihrer Ansicht
nach die gemeinschaftliche Prämie dem Risiko nicht ent-
spricht. Besonders günstig verlaufenen Versicherungen
werden andererseits Ermäßigungen der Tarifprämie und

angemessene Rabatte bewilligt. Die Grundlage zu dem Tarif geben nicht nur die eigenen Schäden, sondern auch diejenigen der übrigen Gesellschaften, da die Schaden-Verzeichnisse alljährlich ausgetauscht werden, um eine vollständige und zweckdienliche Statistik zu erhalten.

(Hiermit stimmt folgende gütige Mitteilung der Generaldirektion der V. G.-A.-G. an mich vom 14. März 1898 überein: Unser Prämientarif war bis 1897 mit dem der Magd. G.-B.-G. für Württemberg bis auf wenige Feldmarken gleich.)

- 4) Eine Verordnung des preussischen Ministers für Landwirtschaft pp. über die Kündbarkeit der Versicherungsverträge ist nicht ergangen. Ueberhaupt können Versicherungen, die auf unbestimmte Zeit geschlossen werden, bei allen Gesellschaften alljährlich gekündigt werden.

Der Minister hat nur von einer Gegenseitigkeits-Gesellschaft, die ihre Statuten zur Genehmigung einreichte, verlangt, daß mehrjährige Versicherungen nach Ablauf des Vertrages, immer nur auf ein Jahr verlängert gelten sollen, da durch die im Ablaufsjahr unterbliebene Kündigung nicht die Absicht des Versicherten ausgesprochen sei, daß er wieder auf mehrere Jahre an den Vertrag gebunden sein bzw. auf den ursprünglich verabredeten Zeitraum weiter versichern will.

Auch bei Magdeburg zeugen die erhobenen Prämien von jener Gleichmäßigkeit, welche sich nur durch starken Reservefonds und bedeutendes Aktienkapital herstellen läßt. Es betragen nämlich die Prämien für 100 Mark Versicherungswert nach Richter von 1870–1877 im Durchschnitt 1 Mk. 19 Pf. und dabei war die Mindestzahl (1871) 1 Mk. 13 Pf., die Höchstzahl (1874) 1 Mk. 30 Pf. und nach Thuemen von 1880–1894 Durchschnitt 0,99, Mindestzahl (1885) 0,96, Höchstzahl (1881) 1,07.

In Norddeutschland kann die Frucht mit oder ohne Stroh versichert werden, in Süddeutschland muß das Stroh mitversichert werden. Die Quoten, in welchen das Stroh mitversichert wird, stimmen vollkommen mit denjenigen der V. G.-M.-G. überein, es tritt aber eine Erhöhung der Prämie ein, wenn das Stroh nicht mitversichert wird und zwar bei sämtlichen Halme- und Hülsen-Früchten um 30 %, bei Del-früchten um 10 %.

Eine Ermäßigung der Prämie tritt ein:

- a) Bei fortlaufend abgeschlossener Versicherung um 3 %. Hierbei kann jeder Teil jedes Jahr bis zum 1. Oktober kündigen.
- b) Bei mehrjähriger mindestens 6jähriger Versicherung um 5 % mit jährlichem Steigen um 1 % bis zu 20 %, falls keine Abschätzung (resp. Entschädigung) eingetreten ist. Nach einer solchen beginnt der Rabatt wieder mit 5 % wie bei Berlin.
- c) Bei sog. Selbstversicherung bis zu 20 % (d. h. falls man bis zu diesem Schaden auf Entschädigung von vornherein verzichtet) wird auch ein Rabatt von 20 % bewilligt. Der Mindestschaden, welcher überhaupt zu einer Entschädigung berechtigt, beträgt auch bei Magdeburg 8 %.
- d) Einen besonderen Rabatt genießt der Hagelversicherungsverband Mittelrhein. Derselbe beschränkt sich aber nach Richter im Wesentlichen auf denjenigen Rabatt, welchen alle mehrjährig Versicherten genießen und nur in dem besonderen Glücksfalle, daß sich in 3 aufeinanderfolgenden Jahren ein Ueberschuß der Prämien von mindestens 20 % über die Ausgaben ergibt, wird in dem nachfolgenden 4. Jahre ein Extrarabatt von 10 % von der im 3. Jahre genossenen Prämie gewährt.

Eine Aktiengesellschaft kann eher Sonderrechte einräumen als eine Gegenseitigkeitsgesellschaft, trotzdem sollte der Vertrag bei nächster Gelegenheit wegfallen. Die höchsten Preise, zu welchen die Gesellschaft 1898 in Württemberg und Hohenzollern Versicherungen annahm, waren nach der zweiten, den gestiegenen Getreidepreisen entsprechend abgeänderten Ausgabe, folgende:

	Für den Württ. Scheffel	Für das Hektoliter	Für den Zentner
	<i>M</i>	<i>M</i>	<i>M</i>
Weizen einschließlich $\frac{1}{3}$ für Stroh	55	30	20
Dinkel und Einkorn einschl. $\frac{1}{3}$ für Stroh	18	10	12
Roggen (Korn) einschl. $\frac{1}{3}$ für Stroh	44	24	17
Gerste einschl. $\frac{1}{4}$ für Stroh . .	36	21	16
Hafer desgl.	24	14	15
Hülsenfrüchte einschl. $\frac{1}{3}$ für Stroh	40	23	15
Gemenge von Halm- und Hülsen- früchten einschl. $\frac{1}{3}$ für Stroh	36	21	14
Raps einschl. $\frac{1}{10}$ für Stroh . .	42	24	16
Mohn desgl.	50	28	24
Flachs einschl. $\frac{1}{3}$ für Samen <i>M</i>	1,70	für das Pfund.	
Hanf desgl. <i>M</i>	1,20	für das Pfund.	
Hopfen <i>M</i>	80,00	für den Zentner.	
Wein <i>M</i>	150,00	für den Eimer.	
Wein <i>M</i>	50,00	für das Hektoliter	
Tabak als Pfeifengut . . . <i>M</i>	20,00	für den Zentner.	
Tabak als Zigarrengut . . <i>M</i>	34,00	für den Zentner.	

Zu den Versicherungs-Anträgen ist in der Kolonne des Ernie-Ertrages stets dasjenige Gemäß, welches den Angaben zu Grunde liegt, überzuschreiben.

Der Versicherte ist verpflichtet, seine Prämie samt Nebenkosten entweder durch Barzahlung, oder durch Ausstellung eines spätestens bis zum 11. Novbr. des Versicherungsjahres fälligen Wechsels, zu welchem der Stückzins bis zum Verfall à 6 % geschlagen wird, zu entrichten. Klagen müssen hier bis 15. Novbr. des Schadensjahres vorgebracht werden und die Befichtigungs- und Abschätzungskostenstimmen mit der Berliner H.-A.-G. bis auf folgenden Punkt überein:

Magdeburg kann, falls der Verhagelte über sein Grundstück nach Hagelschaden neu verfügen will, denselben mit $\frac{2}{3}$ der aus Festsetzung des Verlustes sich ergebenden Schadenssumme abfinden.

Was ich allein bei dieser Gesellschaft vermisse, ist, daß sie Obst nicht versichert.

Zum Schlusse entnehme ich dem Berichte über 1897 folgende Zahlen:

a) Die versicherte Summe betrug	274 500 000 M,
b) „ Prämieinnahme	2 600 000 „
c) der Reservefonds	1 039 715 „
d) die Extrareserve	871 890 „
e) „ Zahl der Versicherungsnahmen	73 317 „
f) „ „ „ Hagelschäden	7 063 „
g) der Betrag der Schäden mit den Regulierungskosten	1 991 501 „
h) der Gewinn	196 721 „
(1896 dagegen Verlust 26 255 M)	
i) die Dividende von der Einzahlung	6 %
und im Durchschnitt der letzten 44 Jahre (von 1854—1897)	5,08 %

was zu dem Nachweis v. Thiemens (S. 80) stimmt, wonach sämtliche Aktiengesellschaften ihre Dividenden in der Hauptsache von den Zinseinnahmen der gewinnbringend angelegten Kapitalien bestreiten.

C. Die sonstigen Aktiengesellschaften und die Preuß. L.-V.-G. auf Gegenseitigkeit, nebst einer Widerlegung von Ansprüchen der Commission des deutschen Landwirtschaftsrates.

Gut gehalten haben sich ferner bis heute die 3 bereits genannten Aktien-Gesellschaften: Kölnische, Union und Elberfeld, deren Bedingungen mit Ausnahme der Kölnerin mit denjenigen von A und B (oben) nahezu übereinstimmen und welche auch ihre Statistik und sonstigen Geschäftserfahrungen sich im Vereine mit A und B gegenseitig austauschen, was von keinem geringen Werte ist und eine Art gegenseitiger Controlle bildet. Die abweichenden Bedingungen der Kölnerin haben ihren Grund in den wie mir scheint unnötig vielen Formen der Beteiligung, welche dieselbe zuläßt. Sie hat Süd-Deutschland schon 1871 aufgegeben, nimmt aber Versicherungen nicht nur in Nord- und Mittel-Deutschland, sondern auch in Lothringen, Holland und Luxemburg an. 1896 hatte sie 197,6 Millionen Mark versichert und einen Reservefonds von 1,9 Millionen Mark. Die Union hatte 1896 210,3 Millionen Mark versichert und einen Reservefonds von nahezu 4,2 Millionen Mark.

Die Vaterländische zu Elberfeld darf nach Richter in ganz Deutschland Geschäfte machen, arbeitete aber in Süddeutschland überhaupt nur in Bayern und hat das Geschäft dort 1877 aufgegeben. Da die Union überhaupt nur in Norddeutschland arbeitet, die L.-V.-G. uns aber auch aufgegeben hat, so bleibt von Aktien-Gesellschaften für Württemberg vorerst nur Magdeburg übrig. Die Versicherungssumme der Vaterländischen betrug 1896 110 Millionen Mark und ihr Reservekapital 255 000 Mark.

Das Nähere über diese ebenfalls ganz soliden 3 Aktien-
gesellschaften steht bei Richter und Wallmann; dagegen ist
noch eine erloschene zu besprechen, welche, obgleich sie bei der
Liquidation allen Verbindlichkeiten nachkam, doch den Aktien-
gesellschaften durch höchst leichtsinnige Geschäftsführung viel
geschadet hat.

Es ist die 1876 gegründete Preussische Hagel-
Versicherungs-Gesellschaft, welche 1884 mit
einer Versicherungssumme von 213 Millionen Mark zum
Schaden ihrer Aktionäre in Liquidation trat. Letztere hatten
450 000 Mark baar eingezahlt und waren mit 1,8 Millionen
Mark in Solawechseln verhängt. Sie sollen beim Abschlusse
am 10. Dezbr. 1888 im Ganzen 1 185 000 Mark verloren
haben (M. allg. Z. 20. Febr. 1889), worüber man sich aber
auch nicht verwundern darf, wenn man bei v. Thuemen und
Richter liest, daß die Gesellschaft die Prämien anderer Gesell-
schaften blindlings um 10 Pfg. pro 100 Mk. Versicherungs-
kapital unterboten, dieselben je für alle Halm- und alle Hülsen-
früchte gleich gestellt und außerordentliche Rabatte gewährt hat.

Schon 1886 schlossen sich ihre Mitglieder zu einer neuen
Gesellschaft, „Preussische Hagel = Versicherungs = Gesellschaft,“
unter Gegenseitigkeit zusammen, wozu die bis 50 % reichenden
Rabatte wiederum den Schlüssel gebildet haben werden. Nach
meiner Ansicht sollten Rabatte wie sie Alt Berlin, Magde-
burg 2c. 2c. gewähren nicht überboten werden dürfen.

Zum Schlusse muß ich hier einige Sätze bekämpfen,
welche in dem Ramm'schen Auszug aus dem Bericht der
Kommission des deutschen Landwirtschaftsrats von 1883 stehen:

a) „Da das Versicherungsgewerbe direkt nur gemein-
nützigen Zwecken dient, so muß die Führerrolle hierbei offen-
bar den Gegenseitigkeitsgesellschaften zufallen, wie auch das im
letztjährigen Referat nachgewiesene Emporkommen derselben
gegenüber den Aktiengesellschaften unzweifelhaft darthut.“

Hierauf ist zu entgegnen, daß die Aktiengesellschaften gerade so gut gemeinnützigen Zwecken dienen, als die Gegenseitigkeitsgesellschaften, was auch der Direktor des Bundes der Landwirte, Dr. Suchsland, ausdrücklich anerkannt hat, und daß sie sich im Ganzen notorisch besser gehalten haben, als die Gegenseitigkeitsgesellschaften, also auch dem allgemeinen Wohle besser gedient haben, als letztere. Ferner, daß in der Gunst des Publikums abwechselnd Strömungen stattfinden und gegenwärtig wegen der unaufhörlichen Nachschußforderungen die Gegenseitigkeitsgesellschaften bereits wieder stark in die Rückströmung gelangt sind.

b) „Die Aktiengesellschaften sind ziemlich an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, die Entwicklungsfähigkeit der Gegenseitigkeitsgesellschaften ist dagegen nur durch die Höhe der landwirtschaftlichen Produktion begrenzt.“

Diese Behauptung ist grundfalsch, wie dieß schon die Zunahme der Kapitalien bei den Aktiengesellschaften beweist, welche seit 1883 ihr Geschäft von 640 Mill. Mk. Versicherungssumme auf 1005 Mill. gebracht haben. Dabei gehen sie aber allerdings nicht sowohl auf Vergrößerung des Geschäfts, als auf gleichmäßige Verteilung ihrer Verbindlichkeiten aus und gebrauchen die Vorsicht, ihre Reserven mit der Vergrößerung des Geschäftes in Einklang zu halten. Daß sodann die Produktion nicht stille steht, wenn die Prämien nicht mehr erhöht werden können, beweist die Germania, und wie Ramm, ohne Vermittlung, aus lit. b den Schluß ziehen konnte, die Gegenseitigkeitsgesellschaften müssen sich verbinden, begreife ich nicht. Sowohl die besseren Gegenseitigkeitsgesellschaften als deren besonnenen Mitglieder würden sich dafür sicherlich bedanken.

c) Auf den dritten Rat des Ausschusses vom deutschen Landwirtschaftsrate, die Hagelversicherung an die Feuerversicherung anzugliedern, habe ich bereits im Vorwort geantwortet.

D. Gegenseitigkeitsgesellschaften mit festen Prämien.

1. Die württ. Gesellschaften von 1828 (begonnen 1830) und 1854.

Ihre Geschichte findet sich ausführlich bei Ramm, von dessen Beurteilung ich aber mehrfach abweiche. Obgleich diese 2 Gesellschaften längst erloschen sind, trage ich dieselben doch hier kurz vor, weil ihre Geschichte für die Gegenwart sehr lehrreich ist. Die Gesellschaft von 1854 kann nicht wohl als Fortsetzung derjenigen von 1828 betrachtet werden, weil sich die ältere 1853 auflöste.

Beide Gesellschaften haben den großen Fehler gemacht, daß sie aus der Vergangenheit nicht den nötigen Schluß auf die ihren Schäden entsprechende Erhöhung ihrer Prämien zogen. Sie haben zwar dieselben in einer Reihe von Jahren erhöht, aber nie genügend. Die Prämien waren fest und betrugen ursprünglich für Haln- und Hülsenfrüchte sowie Obst 30 süddeutsche Kreuzer, für Delgewächse, Wein, Hopfen und Tabak 48 süddeutsche Kreuzer für 100 süddeutsche Gulden Versicherungskapital, womit natürlich wenig geleistet werden konnte.

Der Versicherungslustige durfte sich ursprünglich selbst in eine der 4 Nohertragsklassen zu 30, 40, 50 und 60 Gulden einschätzen; man ging aber mit Recht bald von der Mindestsumme ab, wogegen man die Höchstsumme auf 150 Gulden hinaufsetzte. Eine eigentliche Berücksichtigung der lokalen Hagelgefahr fand dabei nicht statt, obgleich schon die bis 1809 zurückreichende Steuerrückvergütung Anhalt geboten hätte.

Die vor der im Vorwort erwähnten Neubearbeitung der Statistik durch Prof. Dr. Bühler, maßgebende Statistik steht in dem württbg. Jahrbuche von 1873 und umfaßt die 45 Jahre 1828—1872. Württemberg wurde dabei in 7 Klassen geteilt, welche die Gefahren darstellen, denen 1000 Morgen Bauland im jährlichen Durchschnitt unterliegen. Die geringste Gefahrenklasse beginnt mit 12, die höchste schließt mit 24 verhegerten Morgen. Vergl. Ramm S. 24, welcher der dem Jahrbuch beigegebenen Karte eine zweite angefügt hat, in welcher die Veränderungen bis 1883 eingefügt sind.

Kurze Zeit war offensichtliche Uebersicherung nominell verboten, später wurde sie aber freigegeben und je weniger die Gesellschaft mit ihren spottbilligen Prämien leisten konnte, in einen um so größeren Vorsprung gelangten die bemittelten Uebersicherer, gegenüber den unbemittelten. Dieser Punkt ist heute noch bei Uebersicherung wohl zu beachten. Nur 1833 konnte die Gesellschaft 100 % des Schadens ersetzen und 1847 erreichte sie ihre höchste Versicherungssumme mit 14,6 Mill. Mk.

Um überhaupt Schadenersatz zu bekommen, mußte der Schaden mindestens 0,1 der Versicherungssumme betragen.

1842 wurden von den Ständen 15 000 fl zur Förderung der Hagelversicherung genehmigt, welche mit Recht der württbg. Anstalt sodann zufließen; ich sehe aber in dieser Summe noch keinen Grund, die Anstalt als Staatsanstalt zu betrachten.

Zu den Lichtseiten der Anstalt rechne ich:

- a) Die feste Prämie.
- b) Die Obergrenze in der Entschädigung mit 75 % der Versicherungssumme. Dieselbe wurde 1842 eingeführt mit der Bestimmung, daß etwaiger Ueberschuß zur Aufbesserung solcher Jahrgänge dienen solle, in welchen nicht

25 % verteilt werden können. Leider war Letzteres bei den zu niederen Prämien und der Uebersversicherung ohne Reduktion, häufig nicht möglich und verlor dadurch diese Bestimmung einen großen Teil ihres Wertes.

c) Die Anstalt nahm auch das für Süddeutschland so wichtige Obst in Versicherung.

d) Die Anstalt gab für die Prämienzahlung bis Martini Vorfrist unter Bürgschaft der Gemeinden; leider waren aber letztere damit nicht freigebig.

e) Sie hatte sehr kleine Verwaltungskosten.

f) Seit 1833 durften und dürfen heute noch (gegenüber den zugelassenen Gesellschaften) ganze Gemeinden als juristische Personen ihre Markungen versichern, ohne an eine Umlage nach dem Grundsteuerkataster gebunden zu sein. Da aber hiebei das Flurmaximum wegfällt, so haben sowohl Magdeburg als Berlin, bei ein paar Versuchen, damit schlechte Geschäfte gemacht. Nach Mitteilung meines schon vor etwas 15 Jahren verst. Freundes v. St., Gutsbesizers und Inspektors von Magdeburg, versicherten sich 2 württ. Gemeinden, welche wohl zu den 141 hagelgefährlichen, aber nicht zu den 15 hagelgefährlichsten des damaligen Hagelkatasters gehört haben werden, als Korporationen zuerst bei Magdeburg, das alsbald großen Schaden dabei hatte, hernach bei der Berliner H.-A.-G., welcher es nicht besser ging, worauf beide Gesellschaften dieselben nur noch gruppenweise aufnahmen.

g) Die württ. Hagel-Versicherungs-Gesellschaft konnte das Flurmaximum entbehren und hat es auch nie eingeführt, weil sie die Entschädigungen von den Einnahmen abhängig machte. Selbstverständlich hätte aber bei einem Gewitter wie bei demjenigen vom 30. Juni auf den 1. Juli 1897 selbst ein großer Reservefonds entfernt nicht zu einer halbwegs erklecklichen Deckung ausgereicht (vergl. tit. H

hienach) und deshalb ist es so wichtig, daß wir gute Privatgesellschaften dem Lande erhalten, was auch von den Ministern des Innern, in Württemberg und Bayern anerkannt worden ist. Die erste württ. Gesellschaft löste sich 1853 auf, als ihr der kleine Staatszuschuß von jährlich 15 000 fl entzogen wurde und die großen norddeutschen Gesellschaften sich in Württemberg einführten. Es bildete sich zwar bereits 1854 die zweite württ. Gesellschaft ohne Staatsbeitrag, allein auch sie löste sich 1862 auf, weil in diesem hagelreichen Jahre sie nur 12 % des versicherten Schadens vergüten konnte. Die erste Gesellschaft hatte sie im Hageljahre 1853 noch um 5½ % unterboten. (Vergl. lit. G hienach.)

D. 2) Die Bayer. Landes-Hagel-Versicherungs-Anstalt von 1884.

Sie ist aus dem Bayrischen Hagel-Versicherungs-Berein hervorgegangen, welcher bereits 1846 einen Staatszuschuß von 100 000 fl erhalten hat. Ein hochgeehrter Lehrer, dessen Vorlesungen über Volkswirtschaft und Politik auch ich einst zu Tübingen genoß, Prof. Dr. Helfferich, vertrat als Correferent der Bayer. 2. Kammer, die Freiwilligkeit des Beitritts, welche glücklicher Weise gegen den Zwang siegte.

Auch diese Staatsanstalt beruht auf Gegenseitigkeit mit festen Prämien, aber Flurmaximum, welches ich schon bei der württ. Privatanstalt für entbehrlich erachtete. Aus dem Berichte über 1897 geht auch hervor, daß es keine hemmende Schranke der Beteiligung mehr bildet und daß man von dem Gebrauche der statutarischen Bestimmungen in der Praxis immer mehr abgeht. Bezüglich des hier nicht gewährten Nachlasses der Grundsteuer für Nichtversicherte, bin ich abweichender Ansicht. Nach dem Vorgange des in der Anstalt aufgegangenen Vereins bestehen für jeden Ort

- a) eine Statistik seiner Hagelgefährlichkeit,
- b) Höchstzahlen für die Versicherung, aufgestellt nach den Ernteerträgen der verschiedenen Kulturen.

Die Rechtfertigung dieser Höchstzahlen liegt in der Mitwirkung der Gemeindebehörden und Reduktion findet dabei ebenfalls statt.

- c) Die entsprechenden Prämienätze.

Alle neue Erfahrungen werden in diesen Punkten nachgetragen.

Die Mitgliederzahl betrug 1897 107 735, worunter sich nicht nur mittlere, sondern auch kleine Bauern befanden. Verhagelt wurden 1897 12 259 Mitglieder mit 74 172 Grundstücken in 1344 Gemeinden (123 zwei mal, 17 drei mal, 7 vier mal und 2 fünf mal). Die Zahl der Hageltage war 67 (worunter der 1. Juli mit 760 772 Mk. Schaden). Verwendet wurden 167 Sachverständige und der gesamte Hagelschaden der Anstalt betrug nahezu 3 Mill. Mk., also ungefähr soviel als der durchschnittliche Gesamtschaden von Württemberg.

Die Jahresbeiträge betrugen 2 015 295 Mk., der jährliche Staatszuschuß 40 000 Mk., der besondere Staatszuschuß 70 000 Mk., so daß sich die Gesamteinnahme auf 2 125 295 Mk. stellte. Nach Abzug der Verwaltungs- und Erhebekosten blieben zur Schadenszahlung 2 053 054 Mk. verfügbar und da dieser Betrag zur Deckung von 0,8 des Schadens nicht ausreichte, wäre der Reservefonds bis zu $\frac{1}{4}$ seines Bestandes heranzuziehen gewesen. Dieser belief sich auf 1 934 024 Mk. wovon $\frac{1}{4}$ beträgt 483 506 Mk.

Hievon waren aber zur Deckung von	
0,8 des Schadens nur erforderlich	284 546 Mk.
und blieben für allenfalls noch anfallende	
Schäden zur Verfügung	198 960 Mk.

Als Reservefonds konnten für das nächste Jahr also nur betrachtet werden 1 450 518 Mk. und derselbe wäre im



Verhältnis zur letzt versicherten Summe von 162 Mtl. M. immerhin als schwach zu bezeichnen gewesen, wenn nicht dahinter noch die Bestimmung stände, daß etwa erforderlich werdende Betriebsmittel, nach vorgängiger Genehmigung der Staatsregierung, dem Fonds der Brandversicherungs-Anstalt gegen Verzinsung entnommen werden können.

An die Stelle von Agenten tritt hier der Bürgermeister. Schon mit Beginn des März eines jeden Jahres ergehen an die Gemeinden die Bekanntmachungen zum öffentlichen Anzuge, in welchen zunächst die für die einzelnen Fruchtgattungen für den Hektar mit den Gemeindebehörden vereinbarten Erntewerte und die für die einzelnen Fruchtgattungen für 100 Mtl. Versicherungssumme festgesetzten Beiträge enthalten sind. Nach Hagelschlag hat der Versicherte nur binnen 2 Tagen bei seinem Bürgermeister mündlich oder schriftlich Anzeige zu machen, welcher die Anzeige an die Anstalt vermittelt. Der Tag des Hagelschlags wird dabei nicht gerechnet (M. allg. Z. 28. Febr. 1897). Selbstverständlich ist die Hagelgefahr jedes Ortes dabei berücksichtigt, entsprechend der von den Privatversicherungsgesellschaften bis auf die einzelnen Fluren unter Umständen herabgehenden Statistik und Tarifierung. Der Verwaltungsaufwand der Anstalt ist größtenteils der R. Brandversicherungskammer aufgehalst, so daß er gesetzlich nur 2 Pf. für 100 Mtl. Versicherungssumme beträgt. Abgesehen von den Prämien, werden weder Gebühren noch Porto erhoben. Der Versicherungsvertrag läuft, falls nicht gekündigt wird, fort und falls das jährlich einzusendende Anbauverzeichnis nicht zeitig einkommt, läßt es die Anstalt auf Kosten des Versicherten anfertigen.

Eine Stelle über unberechtigte Ausbeutungsversuche der Anstalt in dem Berichte über 1897 (M. allg. Z. 24. Sept. 1897) schließt mit den Worten: Es wären die betr. Gemeinden oder Anstaltsmitglieder zu verwarnen, sollten aber solche

Vorkommnisse fortbauern oder sich wiederholen, so wäre die Kündigung nach Art. 3 Absatz 2 des Gesetzes in Anwendung zu bringen. Bei den Privatgesellschaften steht es längst fest, daß der Versicherte alle Papiere und Auskünfte wahrheitsgemäß bei Strafe des Verlusts jedes Versicherungsrechtes zu geben und sich jeder Einmischung in die Schadensabschätzung zu enthalten hat; immerhin aber sind die Fälle des Irrtums hievon wohl zu unterscheiden und die in Laukwitz b. Berlin erscheinende Allg. Hagelzeitung giebt im 2. Blatt (21. Mai 1897 flg.) ausführliche Auskunft über Pflanzenkrankheiten, welche zur Verwechslung mit Hagelschlag führen können.

Auch hieraus geht die Wichtigkeit hervor, welche man der Auswahl von Sachverständigen beimessen muß und ich erlaube mir hiezu folgendes Beispiel anzufügen: Mein schon oben erwähnter Freund v. St. wurde eines Tags ausnahmsweise nach Baden beordert, wo ein Weinbergbesitzer sich über Nichtanerkennung von vermeintlichem Hagelschaden bis an die höchste badische Gerichtsbehörde gewandt hatte. Aus Vorsicht bestellte mein Freund auch den Weingartmeister einer hohen Person vom Bodensee incognito dahin und erst als der Kläger die Kenntnisse dieses Sachverständigen in Zweifel zog, entpuppte sich der Weingartmeister, worauf die Klage zurückgezogen wurde.

Zum Schlusse bemerke ich, daß der gewöhnliche Einwand gegen Landesanstalten mit Freiwilligkeit, das Versicherungs-Gebiet müsse sehr groß sein, bei Bayern sich als unstichhaltig erwiesen hat. Dasselbe enthält in seiner Pfalz allerdings ein vom Hauptlande ziemlich getrenntes Gebiet; allein die bayerische Landesanstalt könnte ohne Zweifel auch ohne Teilnahme der Pfalz bestehen. Es müssen aber die Landwirte, welche sich hier versichern, auf vollen Schadenserfaz an den Früchten verzichten, welchen ihnen die Privatgesellschaften bieten, wogegen sie beim Staate Obst versichern können, und Stockschaden hüben wie drüben unverversichert bleibt.

Um höhere Entschädigung zu ermöglichen, brachte der Abgeordnete Seeberger in der 2. Bayer. Kammer den Antrag ein, den jährl. Staatsbeitrag von 40 000 Mk. auf 200 000 Mk. zu erhöhen und dem Reservefonds 1 Mill. Mk. zuzuweisen, fiel aber damit durch, weil die Regierung keine verfügbaren Mittel besitze und etwaige Nachforderungen stets einbringen könne. (Merk. 3. Febr. 1898.)

Der Reservefonds hatte früher schon 70 000 Mk. vom Staate erhalten. (M. allg. Z. 28. Febr. 1897.) Bei der Beratung dieses Antrags erklärte Minister v. Feilitzsch, die Versicherungssumme sei auf 162 Mill. Mk. gestiegen, der Hagelschaden von 1897 habe 2,9 Mill. Mk. betragen und der Reservefonds stelle sich jetzt auf 1 634 000 Mk.

Der durch Hagel verursachte Gesamtschaden Bayerns wurde 1897 auf $6\frac{1}{2}$ Mill. Mk. oder 3,6 Mill. Mk. weniger als 1896 und 920 147 Mk. weniger gegenüber der 19jähr. Erhebungsperiode 1879/97 geschätzt. Verhagelt wurden 1897 108 899 ha oder $2\frac{1}{2}$ % der landwirtschaftlich benützten Fläche. (M. allg. Z. 23. Juni 1898.)

Ueber 1898 brachte die M. allg. Z. v. 30. Sept. 1898 II, nachdem schon in dem Blatte vom 23. Juni 1898 die Nachricht gestanden, es seien bis dahin schon in 800 Gemeinden Hagelschäden vorgekommen, folgendes: In der Sitzung vom 29. Septbr. sprach der Vorsitzende seinen Dank darüber aus, daß nunmehr der L.-B.-M. ein jährlicher Staatszuschuß von 200 000 Mk. zur Verfügung gestellt worden sei und fuhr fort: Im heurigen Versicherungsjahre sind so viele Landwirte durch Hagel beschädigt worden wie in keinem vorhergehenden Jahre. Die Anstaltsverwaltung mußte vom Frühjahr bis Mitte September an 50 Tagen immer wieder neue Hagelschäden eintreten sehen. Bis zuletzt hatte man noch mit zahlreichen Schäden an den Sommerfrüchten zu thun. Bei rechtzeitiger Einerntung der Früchte hätte vielleicht da und dort mancher

Schaden vermieden werden können. Da fast immer gleichzeitig in allen Landesteilen Gewitter und mit ihnen Hagelschäden austraten, mußten die Schäden in rascher Reihenfolge festgestellt werden. An die beeidigten Sachverständigen sind außerordentlich große Anforderungen herangetreten. Er freue sich, diesen verdienten, gemeinnützigen Männern hier öffentlich Dank und Anerkennung aussprechen zu können. Gleiche Anerkennung verdient auch das gesamte Beamtenpersonal, insbesondere der Leiter der Abteilung, Reg.-Rat Baermann. Die Organisation unserer Landes-Hagelversicherungsanstalt hat auch außerhalb Bayerns vielfach Anerkennung gefunden; die Anstalt selbst wurde zum Zwecke des Studiums ihrer Einrichtungen von einer Reihe von auswärtigen Delegierten besucht. Möglichst große Stabilität in der Beteiligung an der Anstalt ist dringend zu wünschen. Die Hagelversicherung sollte im Budget eines jeden Landwirtes, der den Beitrag aufbringen kann, einen feststehenden Posten bilden. Die Anstalt wird um so kräftiger und um so nützlicher wirken, je ausgedehnter sie sich gestaltet, je fester die Landwirte zu ihr stehen und wenn sie von allen Seiten als eine wahre, öffentliche Wohlfahrtsanstalt anerkannt und behandelt wird.

Hierauf führte Reg.-Rat Baermann im wesentlichen aus: Im heurigen 15. Vereinsjahr ist die Zahl der Versicherten von 107 735 auf 116 560, die Versicherungssumme von 162 623 200 Mk. auf 176 021 620 Mk. gestiegen. An 50 Hageltagen und in 1607 Fällen wurden 15 798 Mitglieder mit 104 614 Grundstücken in 1388 Gemeinden, davon 1185 Gemeinden einmal, 185 Gemeinden zweimal, 17 dreimal und 1 viermal verhagelt, 168 Rentamtsbezirke betroffen. Wie aus diesen Zahlen ersichtlich, ist das heurige Versicherungsjahr nach Zahl der Hagelbeschädigten das ungünstigste seit dem 15jährigen Bestehen der Anstalt. Besonders schwer waren die Tage des 20. Mai mit 260 000 Mk., 12. Juni mit

168 113 Mk., 22. Juni mit 642 000 Mk., 19. Juli mit 215 616 Mk., 23. Juli mit 466 377 Mk. Auch im übrigen Deutschland, ganz außergewöhnlich aber in Oesterreich und Ungarn, dann in Italien und Frankreich, waren die Hagelschäden zahlreich und schwer. Unter diesen Verhältnissen haben heuer alle Hagelgesellschaften erhebliche Schäden zu verzeichnen. Die Bewältigung der Schadensschätzung erforderte die Verwendung von 189 beeidigten Sachverständigen — bayrischen praktischen Landwirten. Der diesjährige Gesamthagelschaden beträgt 2 717 849 Mk. Die Jahresbeiträge stellen sich auf 2 202 025 Mk. Der jährliche Staatszuschuß beträgt 200 000 Mk. Die Gesamteinnahme berechnet sich sonach auf 2 402 025 Mk. Die Beiträge gelangen im Monat Oktober zur Einhebung. Aus dieser Gesamtsumme sind zunächst die Verwaltungskosten und Einhebegebühren zu leisten. Von den Einnahmen bleiben demnach zur Schadenszahlung 2 323 255 Mk. verfügbar. Diese Mittel gestatten, insofern nicht noch umfangreichere Hackfrucht- und Weinschäden eintreten sollten, eine Entschädigung von 85 % des mit 2 717 849 Mk. eingeschätzten Schadens zur Auszahlung an die 15 798 beschädigten Anstaltsmitglieder. Zur Aufrundung der Entschädigungsbeträge auf volle Mark und für etwa noch anfallende geringere Schäden sind 13 083 Mk. in Reserve gestellt. Die Zahlung erfolgt Mitte Oktober durch die kgl. Rentämter und Magistrate der unmittelbaren Städte.

Was Württemberg betrifft, so hat sich Direktor v. Walz einst gegen Staatsversicherung ausgesprochen, man konnte sich aber damals noch bei 2 höchst soliden Aktien-Gesellschaften beschränkt haftend versichern. Neuerdings wurde die Gründung einer württ. Landesanstalt durch den landwirtschaftl. Verein Heilbronn (Hauptperson: Inspektor Mayer von der dortigen Zuckerfabrik) angeregt und sollte sich auch die Magdeburger S. B. & G. aus Württemberg zurückziehen, so wird kein anderer Ausweg übrig bleiben. (Vgl. den Schluß von lit. G. hienach.)

D. 3) Die Patria in Magdeburg bezüglich Süddeutschlands

läuft in allen Schriften als Gegenseitigkeitsgesellschaft mit unbeschränkter Haft, hat aber nach der Allg. Hagelztg. 20. Mai 1898 bezüglich Süddeutschlands beschränkte Haft, indem sie hier gegen feste Prämien versichert, wobei sie aber auch nur nach Maßgabe ihrer verfügbaren Mittel die Schäden vergütet. So soll sie in Süddeutschland 1897 nur 25 %, 1898 ca. 30 % vergütet haben. Während die Patria wenigstens in ihre Statuten hierüber einen Paragraph aufgenommen hat, welchen die allg. S.=Z. No. 1 von 1899 abgedruckt hat, ist dieß nicht der Fall.

D. 4) bei der Gesellschaft zu gegenseitiger Hagel- Schäden-Versicherung in Leipzig.

Verschiedene Haftpflicht innerhalb ein und derselben Gesellschaft kann schon jetzt weder bei Aktiengesellschaften, noch bei Genossenschaften vorkommen und sollte, selbst wenn für beschränkte Haft ein Zuschlag zur Prämie wie hier gemacht wird, künftig auch bei juristischen Personen nicht mehr erlaubt werden.

E. Die Gegenseitigkeitsgesellschaften mit unbeschränkter Haftpflicht und voller Entschädigung.

Die von Thuemen aufgezählten 20, von Ballmann unter Weglassung der bankerotten Germania, aufgezählten 19 Gegenseitigkeitsgesellschaften haben größtenteils Vor- und Nach-Prämien und letztere werden stets in einem Prozentsatz von der Vorprämie erhoben. Ein gemeinschaftliches Prämien-Tableau besteht meines Wissens hier nicht und das einzige, welches ich kenne, nämlich dasjenige der Norddeutschen S.=B.=G.

weicht von demjenigen der Aktiengesellschaften mannfach ab. Das Prämientableau hat bei diesen Gesellschaften aber auch nicht den Wert wie bei den Aktiengesellschaften, weil die Thüre zur Nachforderung nach Ablauf des Jahres stets offen steht. Hieron wird so reichlich Gebrauch gemacht, daß es eine große Seltenheit ist, wenn eine Gesellschaft keine Nachprämie verlangt, oder gar eine Dividende giebt. Jede Gegenseitigkeitsgesellschaft gegen Hagelgefahr sollte als Jahresgesellschaft angesehen werden, auch wenn Mitglieder darin sind, welche sich für mehrere Jahre verbindlich gemacht haben, indem letzteren, bei einer Erhöhung der Vorprämie, das Recht zum Austritt zusteht. Hieraus folgt auch, daß jede Gesellschaft ihren Jahres-schaden am Schlusse des Jahres wenigstens annähernd ausgleichen sollte, was leider nicht immer geschieht und dann zu Zuständen wie bei der Germania führen kann, wo außer den zu geringen Vorprämien noch Jahre lang zu geringe Nachschüsse eingefordert wurden, indem bei Ausschreibung derselben, die neuen Ausfälle, stets zu gering veranschlagt wurden. So wurde die Last von einem Jahrgang zum anderen weiter geschoben, bis die letzten Gutgläubigen nicht mehr das nötige Betriebskapital aufbrachten und viele Landwirte unter fremder Schuld zusammenbrachen. Diese Art der Geschäftsführung kennzeichnet sich als ein gewissenloses Verfahren, welches man als wahren Hohn auf die Gegenseitigkeit ansehen muß. Vgl. die allg. Hagel-Z. von 1897, 15. März, 30. Juni, 20. Sept., 5. Nov., 15. Dez. und von 1898, 1. April (Frage der Staatshilfe) und 7. Mai.

Die allg. H.-Z. empfahl das Eintreten des Staats:

1) Weil viele durch falsche Vorpiegelungen zum Eintritt in die Gesellschaft veranlaßt worden sind. Von 8000 Mitgliedern sollen 6000 infolge des Beweises, daß sie über die Höhe der Prämien getäuscht worden seien, von der Nachzahlung befreit worden sein, so daß an 2000 die Last

nun allein hängen bleibt. Obgleich diesen nun durch den Konkursverwalter Zahlungsfristen gewährt wurden, ist dieß doch ein sehr hartes Loos.

2) Weil die Betreffenden sich auf eine specielle Aufsicht der Behörden um so mehr verlassen haben sollen, als sie keine Maßnahmen zur Rettung der Gesellschaft wahrnehmen konnten.

Die Nachprämie macht es möglich, mit der Vorprämie anzulocken, wodurch ein ungleicher Kampf mit den Aktiengesellschaften entsteht und weil die Gegenseitigkeitsgesellschaften thatsächlich es zu keinem genügenden Reservefonds bringen, schwankt die Nachprämie in einer Weise, welche den Versicherten plötzlich zu großen Nachzahlungen nötigt und seine Existenz in Frage stellen kann. Nicht der Durchschnitt, sondern die einzelne Nachzahlung birgt die Gefahr und je größere Schwankungen eine Gesellschaft in den Nachforderungen hat, um so gefährlicher ist sie.

Der bis ins Einzelne gehenden Uebersicht der allg. *S. 3.* 28. Febr. 1898 erlaube ich mir folgende Nachprämien zu entnehmen:

1. Norddeutsche, a) Durchschnitt von 1880—1897 — 29, b) 1896 — 50, c) 1897 — 50, d) 1898 — 50 %.

2) Borussia, a) 92, b) 165, c) 86, d) $133\frac{1}{3}$ %.

Die Borussia erhebt eine sehr niedrige Vorprämie, nämlich nach Wallmanns *Vers.-Kalender* im Durchschnitt der letzten 10 Jahre nur $68\frac{1}{2}$ Pf. für je 100 Mk. Versicherungssumme, dagegen hat sie im Verlauf der letzten 10 Jahre außer den Nebenkosten (10 % der Vorprämie), durchschnittlich 92 % der Vorprämie erhoben. Noch höher ging der Nachschuß 1885 — 180 %, 1889 — 132, 1890 — $127\frac{1}{2}$, 1891 — 195, 1894 — 120, 1896 — 165 %. (*Allg. S. 3.* 15. September 1898.)

3. Schwedt, a) 27, b) 0, c) 0, d) 20 %. Bei b) und

c) traten sogar Dividenden von 11 und 15 % ein, welche dem Reservefonds hätten einverleibt werden sollen.

4. Allg. Deutsche H.=B.=G., a) $65\frac{1}{3}$, b) 160, c) 15, d) 25 %.

5. H.=B.=Bank von 1867, a) 38, b) 80, c) 175, d) 150 %.

6. Preuß. H.=B.=G., erst seit 1886 bestehend, a) 28, b) 89, c) 23, d) 59 %.

7. Ceres, ebenfalls erst seit 1886 bestehend, a) $81\frac{3}{4}$, b) $133\frac{1}{3}$, c) $66\frac{2}{3}$, d) 95 %.

8. Leipz. G. zu gegenseitiger Hagel=Schaden=Vergütung, a) $68\frac{1}{3}$, b) $133\frac{1}{3}$, c) 80, d) 140 %.

9. Germania, seit 1888 bestehend, 95 in Liquidation und 1897 in Konkurs getreten. Es wird nur noch das 1895er Conto geregelt. 1896 wurden 100 und 1897 — 1500 % nachgefordert, während der Durchschnitt $428\frac{1}{2}$ beträgt.

10. Hannover=Braunschweig hat bis 1891 die Gesamtprämie am Schlusse der Hagelperiode eingezogen. a) $50\frac{1}{2}$, b) 150, c) 65, d) $33\frac{1}{2}$ %.

11. Patria, seit 1885 bestehend, a) 97, b) 175, c) $66\frac{2}{3}$, d) 75 %.

Bei Neubrandenburg, Greifswald, Grevesmühlen und dem ostf. H.=B.=Verband wird die Gesamtprämie erst nach Schluß der Hagelzeit eingezogen.

Die Gesamtprämien betrugen bei

12. Neubrandenburg, a) Durchschnitt von 1880—1897 — 1,13 %, b) 1896 — 1,50, c) 1897 — 0,80, d) 1898 vermutlich 1,05.

13. Greifswald, a) 0,87, b) 0,85, c) 0,87, d) v. 0,91.

14. Grevesmühlen, a) 0,95, b) 1,05, c) 0,42, d) unbekannt.

15. Ostdeutsch. H.=B.=Verband in Breslau, a) 0,74, b) 0,87, c) 0,68, d) v. 1,00 %.

Nach meiner Ansicht sollte gesetzlich vorgeschrieben werden, daß die Vorprämie nicht unter dem Durchschnittsbetrag von Vor- und Nach-Prämie zusammen aus den letzten vorangegangenen 5 Jahren angelegt werden dürfe und jeder Fehlbetrag am Schlusse des Jahres vollständig nachgeholt werden müsse. Zur Vorprämie sollte außerdem ein genügender Prozentsatz für die Herstellung des Reservefonds geschlagen werden müssen, damit dem Hauptübel, zu schwachen Reserven, vornherein gesteuert würde. Wie schwer es aber hier noch dem Bauern fällt, sich auszukennen, geht aus dem 52. Circular der V. H.-A.-G. hervor, welchem ich bezüglich 1896 Folgendes entnehme:

Bei den Gegenseitigkeits-Gesellschaften, welche mit Vorprämien arbeiten, hat man abermals auf die Nachschußpflicht der Versicherten zurückgegriffen. Von 10 Gesellschaften gelang es nur einer einzigen, den Fehlbetrag aus dem Reservefonds zu decken. Alle Anderen haben außer den Verlusten an Reserven noch Nachschüsse eingefordert, und zwar in der Höhe von 50 bis zu 175 % der Vorprämie. Es sind Fälle vorgekommen, daß Landwirte bei uns 100 Pf. feste Prämie nicht zahlen wollten, weil sie bei den Gegenseitigen mit 70 Pf. Vorprämie billiger wegzukommen glaubten. Dort haben sie aber dann thatsächlich bezahlt:

Vorprämie	70 Pf.
10 % Reservefonds-Beitrag	7 "
	<hr/> 77 Pf.
150 % Nachschuß von 70 Pf.	105 "
	<hr/> 182 Pf.

Außerdem 5 % Mehr-Abzug von der Entschädigung.

Das gleicht in der Wirkung einer jährlichen Mehrprämie von $\frac{5}{95}$ stel, da man die Versicherung um $\frac{5}{95}$ stel erhöhen müßte, um den Abzug auszugleichen

	10 Pf.
	<hr/> 192 Pf.

Die anscheinend so billige Prämie ist also dort nahezu doppelt so teuer gewesen wie bei uns.

Den höchsten Nachschuß von 175 % hat die Patria in Magdeburg erhoben, von welcher wir Solches im vorjährigen Agentur-Circular vorhergesagt haben, da sie aus dem Vertrage mit dem Bunde der Landwirte ganz besonders schwere Lasten übernommen hatte. In einem höchst interessanten Bericht an seinen Aufsichtsrat hat der Director dieser Anstalt jetzt zugegeben, daß die Einbuße, welche seine Gesellschaft in Folge des Vertrages mit dem Bund der Landwirte in zwei Jahren erlitten habe, ganz enorm sei. Sie betrage 248 000 Mk. Von den 175 % Nachschuß, welche die Versicherten im letzten Jahre zahlen mußten, seien 60 % allein auf die Folgen dieser Geschäftsverbindung zu rechnen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der Umstand, daß die Patria, welche bekanntlich, um „Reformen“ zu zeigen, die Entschädigungs-Abzüge abgeschafft hatte, diese Abzüge in Höhe von 10 % von jeder Entschädigung jetzt wieder eingeführt hat. Sie verwendet dieselben aber nicht wie andere Gesellschaften zur Deckung der Jahresverluste, also zur Ermäßigung der Prämien bzw. Nachschüsse, sondern zur Bildung eines Dispositionsfonds. Die Prämien werden also bei gleichen Verhältnissen künftig nicht billiger sein als früher.

Die Norddeutsche Hagel-Versicherungs-Gesellschaft hat in Württemberg 1896 269 127 Mk. 80 Pf. Vorprämie eingenommen und 397 562 Mk. an Entschädigungen bezahlt. Sie hat also unter Berücksichtigung des Staatszuschusses einerseits und der Verwaltungskosten andererseits, dort einen Verlust von etwa 60 000—80 000 Mk.

Ferner habe ich hier den Vorschlag der Rückversicherung zu erwähnen, welcher von der Kommission des deutschen Landwirtschaftsrates 1883 den Gegenseitigkeits-

Gesellschaften mit den Bemerken gemacht wurde, sie sollen sich zu diesem Zwecke in einen Verband zusammenschließen.

Hievon könnte ich mir nur einen schlimmen Ausgang versprechen, denn die Folgen wären nach meiner Ueberzeugung nur gewagte Geschäfte und Verringerung der schon jetzt allgemein zu kleinen Reservefonds.

Suchsland ist auf S. 131 allerdings anderer Ansicht; ich glaube aber die Praktiker für mich zu haben.

Zum allgemeinen Teile habe ich schließlich zu bemerken, daß nach dem Stuttgarter Abreßbuch für 1899 außer der Magdeburger H.-V.-G. (welche ihren Betrieb in Württemberg aufzugeben schien) nur folgende 4 Gegenseitigkeitsgesellschaften für Hagelversicherung in Württemberg concessionirt sind: a) Borussia, b) Ceres, c) Hagel-Vers.-Bank für Deutschland, d) Nordd. H.-V.-G., welche den Vertrag mit Württemberg auf 31. Dezember 1899 gekündigt haben soll.

Nach dem Entwurfe für ein deutsches Reichsgesetz ist zu erwarten, daß das Concessionsrecht vom Einzelnd auf das Reich übergeht, welches ein Versicherungsamt einsetzt, zu welchem der Kaiser Beräte auf je 5 Jahre ernennt. Der Entwurf betrifft nur Privatgesellschaften, es sind also öffentliche Hagel-Vers.-Anstalten so gut als öffentl. Vieh- und Feuer-Vers.-Anstalten ausgenommen.

Ich gehe nun über speciell zur

Norddeutschen Hagelversicherungs-Gesellschaft.

Sie ist 1869 zu Berlin von norddeutschen Grundbesitzern gegründet worden und ihr Hauptgebiet ist heute noch Ostelbien. Sie beschränkte ihre Wirksamkeit zunächst auf Norddeutschland, dehnte sich aber später auf ganz Deutschland aus und hat 1897 ein Versicherungskapital von 679,7 Mill. Mk. erreicht. Sie hat dadurch die 2 Vorteile der größten räumlichen Ausdehnung und des größten Versicherungskapitals erreicht. Aus den Statuten von 1894 hebe ich folgendes hervor:

1) Sie hat 1880 die Rechte einer juristischen Person nach preußischem Rechte erhalten, womit hier unbeschränkte Haft verbunden ist, während in Süddeutschland sich gewöhnlich beschränkte Haft daran knüpft, wie es in England sich mit Freibrief, Patent und Parlamentsakte verhielt bzw. noch verhält. (Vgl. Prümker in Endemanns Hdb. des Handelsrechts.)

2) Die Organisation und die Machtvollkommenheit der Gesellschaft weichen sowohl von den Bestimmungen der Genossenschaften, als von denjenigen der Aktien- und Commandit-Gesellschaften auf Aktien *zc.* bedeutend ab. Die Organe bestehen:

a) in dem Verwaltungsrat, dessen Machtvollkommenheit sehr weit, nämlich bis zum Abschluß von Verträgen über Teilung der Versicherung, Aufnahme von Gegenseitigkeitsgesellschaften in Gesamtversicherung, sowie wechselseitiger Uebertragung der Schäden geht,

b) in der Direktion (vgl. §. 34).

c) in der Generalversammlung, wo nur die gewählten Vertreter der Bezirksvereine und die Mitglieder des Verwaltungsrats stimmberechtigt sind. Erstere haben für jede angefangene Million bis zu 5 Millionen Mk. je 1 Stimme, darüber hinaus je 1 Stimme für jede angefangene zweite Million. Von den 12—18 Mitgliedern des Verwaltungsrats hat jedes 1 Stimme. Beschlüsse über Aenderungen des Statuts oder der Versicherungsbedingungen bedürfen der Zustimmung von $\frac{2}{3}$ der vertretenen Stimmen und der Regierungskommissär hat wohl auch noch seine Einwilligung zu geben,

d) in den Bezirksversammlungen, wo 5 Mitglieder zur Beschlußfähigkeit und 25 oder $\frac{1}{2}$ Mill. Mk. Versicherungskapital zu einem Antrage auf Aenderung der Statuten oder der Versicherungsbedingungen gehören.

3) In dem Tableau der Norddeutschen stehen die Gefahrenstufen wagrecht, umfassen zuerst das Alphabet und enthalten im Anhang sodann die Buchstaben Aa bis Kk.

also zusammen 35 Buchstaben, wovon die 10 letzten Stufen die höchsten Versicherungen betreffen, welche ich als außerordentliche bezeichnen will. Die „Gefahrenklassen“ stehen dagegen senkrecht und hier ist die Abweichung von dem Magdeburger Tableau bezüglich der Prämien bedeutend, weil die Tabelle nur die Vorprämien umfaßt. Eigentümlich ist dabei, daß der Tarif in den außerordentlichen Rubriken bedeutend höher steigt, als in den ordentlichen.

Die Vorprämien betragen:

- In Klasse a. Gräseren und Futterkräuter 25—250 d.
 „ b. Halmsfrüchte, Lupinen, Wicken, Linsen und Gemenge dieser Fruchtarten 30—300 d.
 Unbegründet und für Süddeutschland nachteilig erscheint mir die höhere Klassifikation von Dinkel und Einkorn (hienach).
 „ c. 1) Dinkel und Einkorn 35—350 d.
 „ 2) Erbsen, Futterbohnen, Pelfuschken und Gemenge dieser mit andern Fruchtarten, sofern die Hülsenfrüchte nach Maß mehr als $\frac{1}{4}$ der zur Aussaat verwendeten Menge betragen, ferner Samentlee, Samengras, Hirse 40—400 d.
 „ d. Delfrüchte, Mais, Runkel- und Zuckerrüben, Cichorien, Kartoffeln 60—600 d.
 „ e. Buchweizen, Conserveerbsen, Speisebohnen, Flachs, Hanf, Mohn, Samenrüben u. andere Handelsgewächse 65—650 d.
 „ f. 1) Gurken 90—900 d.
 „ 2) Wein, Hopfen, Tabak als Pfeisengut 120—1200 d.
 „ g. Tabak als Cigarren und Schnupftabaks-Gut 175—1650 d.
 „ h. Korb- und Schäl-Weiden 180—1800 d.

4) Titel VIII der Statuten betrifft die Rechnungslegung welche nach Vorschrift des preussischen Ministeriums für die Landwirtschaft zc. stattfindet. Den Status über 1897 lasse ich hienach folgen:

Rechnungsabschluß für das 20. Geschäftsjahr vom 1. Januar 1897 bis 31. Dezember 1897.

A. Gewinn- und Verlust-Conto.

Einnahme.	M	ſ	M	ſ
1. Prämien-Einnahme für 679 730 490 M. Versicherungssumme:				
a. Vorprämie für direkt abgeschlossene Versicherungen	4168951	80		
b. Nachschußprämie (50 % der Vorprämie)	2084475	90	6253427	70
2. Nebenleistungen der Versicherten:				
a. Beitrag zum Reservefonds, 10 % der Vorprämie nach § 74 des Statuts zum Reservefonds vereinnahmt: 416 895 M 18 ſ (s. Bilanz Post. 4 der Passiva).				
b. Policegebühren	89349	35		
c. anderweit (nach § 30 der Versicherungs-Bedingungen)	6026	91	95376	26
3. Sonstige Einnahmen:				
Eingänge auf früher abgeschriebene Forderungen	300	—		
Präzipualbeitrag für die nach Maßgabe des Staats-Vertrages versicherten Mitglieder in Württemberg aus dem Reservefonds:				
1. die demselben im laufd. Jahre unter a—d zugeflossenen Einnahmen	756897	41		
2. dem bish. Bestande entnommen	143708	72	953252	74
	Summa		7302056	70

Ausgabe.	M.	ℳ	M.	ℳ
1. Entschädigungen einschließlich der Regulierungskosten:				
a. für regulierte Schäden	5852714	85		
(hiervon 196 121 M 23 ℳ Regulierungskosten				
b. für festgestellte, aber noch nicht abgehobene Entschädigungen reserviert	1111	79		
c. 5 % der Brutto-Schadenssumme zum Reservefonds (s. § 74 des Statuts)	310916	—	6164742	64
2. Zum Reservefonds:				
a. 10 % der Vorprämie 416 895 M 18 ℳ (vgl. Einnahme Pos. 3a).				
b. 5 % der Brutto-Schadenssumme 310 916 M (s. Bilanz Pos. 4c der Passiva).				
3. Abschreibungen auf:				
a. Inventar	230	—		
b. Wertpapiere, Verlust an Effekten nach dem Course vom 31. Dezember 1897	3221	12	3451	12
4. Verwaltungskosten:				
a. Provisionen der Generalagenten und Agenten	676865	37		
b. Policegebühren-Anteil der General-Agenten	44245	38		
c. sonstige Verwaltungskosten	411986	69	1133097	44
5. Zinsen (abzüglich der vereinnahmten Zinsen)			765	50
	Summa		7302056	70

B. Bilanz.

Aktiva.		M	ſ	M	ſ
1. Forderungen:					
a. Rückstände der Versicherten, Nachschuß aus 1896	2448	85			
b. Rückstände der Versicherten vom Jahr 1897 (gegen Wechsel gestundet)	16148	58			
c. Rückstände der Versicherten, Nachschuß aus 1897 inkl. 5 % Konventionalstrafe	69054	01			
d. Ausstände bei General-Agenten vom Jahre 1897	19205	33			
e. Guthaben bei der Preuß. Zentral-Genossenschaftskasse in Berlin . .	80261	12			
f. Guthaben bei der Reichsbank . .	10485	91			
g. im folgenden Jahre fäll. Zinsen, soweit sie anteilig auf das laufende Jahr treffen	1954	61	199558	41	
2. Kassenbestand			52385	45	
3. Kapital-Anlagen:					
Wertpapiere nach dem Course vom 31. Dezember 1897 im Depot bei der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse			541885	15	
4. Inventar ganz abgeschrieben . . .	—	—			
	Summa		793829	01	

Passiva.		M	ſ	M	ſ
1. Reserve-Ueberträge auf das nächste Jahr:					
für festgestellte, aber noch nicht abgehobene Entschädigungen aus 1897				1111	79
2. Reservefonds:					
Bestand am 1. Januar 1897 . . .	808738	58			
davon sind verausgabt	1299	03			
bleiben	807439	55			

	<i>M</i>	<i>S</i>	<i>M</i>	<i>§</i>
Ueberträge	807439	55	1111	79
Hierzu kommen laut § 74 des Statuts	756897	41		
Summa	1564336	96		
Davon sind gemäß § 75 des Statuts zur Deckung der Ausgaben verwendet	900606	13		
bleiben			663730	83
3. Spezial-Reserve:				
Bestand am 1. Januar 1897 . . .	135296	83		
Davon sind abgeschrieben worden .	6310	44		
bleiben			128986	39
Summa			793829	01

Norddeutsche Hagelversicherungs-Gesellschaft.

F. Gruner, General-Direktor.

Die vorstehende Bilanz, sowie das Gewinn- und Verlust-Conto habe ich geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern der Norddeutschen Hagel-Versicherungs-Gesellschaft in Uebereinstimmung gefunden.

Berlin, den 4. Februar 1898.

Ohme.

5) Der Reservefonds wird gebildet

a) durch die Ueberschüsse jedes Rechnungsjahres,

b) durch die Zinsen seines Kapitalbestandes,

c) durch 10 % der Vorprämie, welche außer derselben von jedem Mitglied bei Abschluß der Versicherung zu entrichten sind,

d) durch 5 % Abzug von jeder zu zahlenden Entschädigungssumme,

e) durch sonstige außerordentliche Einnahmen.

6) Reicht die Vorprämie in einem Jahre nicht aus, so werden zunächst die dem Reservefonds im laufenden Jahre zugeflossenen Einnahmen zur Deckung verwendet, sodann der

Reservefonds soweit derselbe 20 % der Vorprämie übersteigt. Hernach kommt ein Nachschuß bis zu 50 % der Vorprämie. Schließlich kommt nochmals der Reservefonds bis zur Hälfte seines Restbestandes und wenn dieß nicht reicht, nochmaliger Nachschuß oder, wenn der Abmangel nicht mehr als 10 % beträgt, nochmals der Reservefonds. Diese Bestimmungen sind viel zu verwickelt und der Reservefonds sollte mit einem starken Prozentsatz alsbald beigezogen werden.

Den Versicherungsbedingungen entnehme ich Folgendes:

6) Die Norddeutsche nimmt nur Feldfrüchte in Versicherung und zwar — was ein Fortschritt ist — ohne Rücksicht darauf, ob dieselben noch in der Erde wurzeln, oder ob die Ernte bereits begonnen hat.

7) Das Stroh muß nicht mitversichert werden, ich rate aber ab, es unversichert zu lassen, teils weil auch hier alsdann die Prämie für die Körner erhöht wird, teils weil ich den Rat hier wiederholen muß, so hoch zu versichern, als man es mit seinem Gewissen vereinigen kann. Den Nachsatz machte ich, weil diese Gesellschaft nicht reducirt, worauf ich zurückkommen werde.

Wie das Stroh, so kann bei Gespinnstpflanzen der Same von der Versicherung ausgenommen werden. Das Stroh kann gegen erhöhte Prämie auch über den Normalquoten versichert werden, was leicht zur Uebersicherung führen kann. Bei Bestimmung der Ersatzfähigkeit werden aber Körner und Stroh, Bast und Samen bei Lein und Hanf, Sand-, Erd- und Bast-Gut bei Tabak, als besondere Versicherungs-Gegenstände angesehen, so daß bei jedem derselben die Ersatzfähigkeit davon abhängt, ob der Schaden mindestens 6 % (bezw. bei Selbstversicherung 12 %) beträgt.

8) Der Satz, daß nur die Menge nicht auch die Güte versichert werde, findet hier nur Anwendung auf Rüben und

Trauben, was aber auch genügt, weil Obst überhaupt nicht in Versicherung genommen wird und Tabak nach seinen Hauptunterschieden versichert werden kann. Rüben können erst vom 15. Juni an und Wein auch hier erst nach der Blüte versichert werden.

9) Korb- und Schälweiden werden nur im 1. Jahr des Wachstums zur Versicherung genommen und bei Futtergewächsen „ist immer nur ein Schnitt, gleichgültig der wievielte, versichert.“

10) Insofern nicht besonders günstige Verhältnisse eine höhere Versicherung rechtfertigen, gelten als höchste Versicherungssätze für sämtliche wirtschaftlich nutzbaren Teile

600 Mark für den Hektar Winterweizen, Sommerweizen, Dinkel, Gerste, Delsfrüchte, Flachs und Hanf.

480 Mark für den Hektar Winterroggen, Einkorn, Haber, Bohnen, Peluschnen (?), Erbsen, Kartoffel und Mais zur Körnergewinnung.

360 Mark für den Hektar Sommerroggen, Sommergräser, Samenkle, Wicken, Gemenge mit Hülsenfrüchten, Linen, Buchweizen, Lupinen, Gräseren und Futterkräuter. (Bei letzteren ist auch hier immer nur ein Schnitt versichert.)

700 Mark für den Hektar Runkel-, Futter- und Zuckerrüben.

1000 Mark für den Hektar Tabak, Hopfen, Korb- und Schäl-Weiden.

1600 Mark für den Hektar Wein.

Die letzten 2 Tariffsätze enthielten die Bedingungen von 1877 nach Richter noch nicht; es enthalten aber auch die mir mit dem Statut von 1894 von der Generalagentur Stuttgart zugekommenen Bedingungen, (ohne Unterschrift und ohne Datum) noch nicht die weiteren 3 Abteilungen, welche ich unter Wiederaufführung von Abt. I hienach folgen lasse:

	Abt. I	Abt. II	Abt. III	Abt. IV
Text	600	480	360	240
wie	480	360	240	160
oben.	360	300	240	160

720	480	360	300
1000	750	600	500
1600	—	—	—

Dieses merkwürdige gedruckte Blatt (der Wellmann'sche Kalender enthält nur die I. Abteilung) trägt die Ueberschrift: Ad. Versicherungsantrag No. (?) der Generalagentur (?) Von der Direktion der M. S.=B.=G. sind auf Grund der Versicherungsbedingungen nach Maßgabe der Bodenverhältnisse (weshalb nicht auch des Klimas und der Absatzverhältnisse?) folgende Max.=Vers.=Sätze pro Hektar festgesetzt worden zc. zc.

Die Feldmark (?) ist nach Maßgabe vorstehender Sätze in die Abteilung (?) eingeschätzt worden.

Die Direktion.

Der angehängte Revers lautet:

„Indem ich hiemit den Antrag stelle, meine Feldfrüchte in diesem Jahre höher versichern zu dürfen zc., erkläre ich mich mit Nachstehendem einverstanden: Wenn im Falle eines Hagelschadens der mit der Regulierung im Vergleichswege beauftragte Vertreter der Gesellschaft der Ansicht ist, daß die von mir angewendeten Versicherungssätze den Wert der vorhandenen Ernteerträge übersteigen, so willige ich in eine angemessene Herabsetzung dieser Sätze, jedoch höchstens bis zu denen der Abteilung (?). Kommt ein Vergleich nicht zu stande, oder leistet einer von beiden Teilen auf das Vergleichsverfahren Verzicht, so soll das Recht, die Versicherungssätze erforderlichen Falles bis zu denen der genannten Abteilung herabzusetzen, auf die Taxatoren im formellen Verfahren, bezw. auf den Obmann übergehen.“

Hiezu habe ich kurz Folgendes zu bemerken:

a) Gegen die Aufstellung verschiedener Höchstzahlen, ohne Mitwirkung der Gemeinden, wie letzteres bei der Bayerischen Landesanstalt besteht, habe ich schwere Bedenken.

b) Die Reduktion der Versicherungssumme sollte nicht nur bei Ueberschreitung der Höchstzahlen ein Recht, sondern in allen Fällen Pflicht der Schadensschäfer sein.

c) Mit den Worten „jedoch höchstens 20“ wird die Reduktion unbegründet begrenzt (bezw. abgeschnitten) und der Selbstüberschätzung und dem Gewinn immer noch offene Bahn gelassen.

11) In teilweisem Widerspruche hiemit lautet § 44: Bei der Abschätzung des Hagelschadens sind die im Versicherungs-Antrage enthaltenen Sätze für die einzelnen Positionen allein maßgebend.

Hiezu steht in der Anmerkung eine Deklaration der G. V. vom 20. Februar 1891, welche die Reduktion ausdrücklich ausschließt und Suchsland bemerkt, daß die Norddeutsche in ihren Prospekten sich mit fetter Schrift rühme, die Abschätzung des Hagelschadens erfolge ohne Reduktion der versicherten Summe. Suchsland macht hiegegen geltend, daß die Versicherung nach dem preussischen Landrechte nicht zu Gewinn führen, sondern nur den wirklichen Schaden ersetzen dürfe und stellt die Uebersicherung in Parallele mit dem Spielvertrag, wogegen bekanntlich Fürst Bismarck in Uebersicherung gegen Hagel nur einen Ersatz für die in hagelfreien Jahren bezahlten Prämien erblickte. v. Thuemen verteidigt die Gewinnnahme ebenfalls nicht, behauptet jedoch, die Norddeutsche ziehe den Mißwachs ab. Wer kann aber letzteren schätzen? (Vgl. Nachtrag II.)

Von untergeordneter Bedeutung, aber doch auch tadelswert ist, daß bis zu 20 % der Versicherungssumme die Patria und die Preuß. S.-B.-Bank von 1867 Uebersicherung nicht reduciren. (Thuemen S. 102.)

12) Die Rabattberechnung sollte einfacher sein nach dem Vorgange der Berliner oder Magdeburger Aktien-Gesellschaft und nicht bis auf 50 % steigen.

13) Die Gesellschaft erhob 1895 von ihren württbg. Versicherten eine Vorprämie von durchschnittlich 76,67 Pfg. pro 100 Mk. Versicherungssumme, während der ganze Durchschnittsprämienatz bis 1891 93,3 Pfg. betragen hat. Seit der Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Württemberg (1884) bis 1894 hat die Gesellschaft 6 mal Nachschuß erhoben und zwar 1884 70%, 1885 65 %, 1886 $16\frac{2}{3}$ %, 1889 30 %, 1890 10 %, 1891 115 %. Gegen die niederen Vorprämien zog namentlich v. Thuemen zu Felde; sie sind aber für Württemberg teilweise erhöht worden und auf die 30 % Zuschuß (zur Vorprämie in Württemberg hienach) kam man dadurch, daß der durchschnittliche Nachschuß der 1895 vorangegangenen Jahre 28 % betragen hat.

Von der G. Agentur Stuttgart wurde mir ein relativer Prämienatz mitgeteilt, nämlich derjenige für Wein, welcher allerdings ungefähr das 4fache der Prämie für Halmsfrucht der betreffenden Feldmark beträgt.

14) In § 50 steht unter Anderem: Beträgt die von einem Versicherten oder einer Gemeindeversicherung als beschädigt angemeldete Fläche bei Versicherungen von mindestens 20 000 Mk. nicht wenigstens 10 ha, bei Versicherungen von 10 000 Mk. nicht mindestens 5 ha und bei Versicherungen unter 10 000 Mk. nicht mindestens 2 ha, so darf die Gesellschaft nach erfolglosem Vergleichsverfahren sofort Entscheidung durch den Obmann veranlassen. Mit dieser Auswerfung des formellen Taxverfahrens bin ich nicht einverstanden.

15) Den Verzicht auf das Flurmaximum fand ich nur im württembergischen Verträge; es sind aber auch noch mit Elsaß-Lothringen (gegen 60 000 Mk. jährlich), Baden, Schlesien und Westphalen (mit letzteren 2 Ländern nach v. Böllwarth in der 2. württ. Kammer) besondere Verträge abgeschlossen worden, worin es enthalten sein wird. Außerdem sind die Bauern auf den preuß. Ansiedlungsgütern vertrags-

mäßig verpflichtet, sich bei der ihnen von der Regierung bezeichneten Versicherungsanstalt zu versichern und diese ist gegenwärtig die Norddeutsche.

Eine Art Ersatz für das Flurmaximum hat übrigens auch die Norddeutsche in Artikel 10 sich vorbehalten, indem sie hier der Direktion anheimstellt, Versicherungen für Delfrüchte und Handelsgewächse allein, oder in unverhältnismäßiger Höhe zu den übrigen Fruchtarten, sowie Versicherungen für besonders hagelgefährliche Früchte, an Bedingungen zu knüpfen oder gänzlich abzulehnen. Diesen Vorbehalt kann sie aber Württemberg gegenüber schwerlich ausüben.

16) Bezüglich der mit Württemberg 1895 geschlossenen Uebereinkunft bemerke ich außer obigem Verzicht auf das Flurmaximum, daß wie bei andern Gesellschaften

a) die Festsetzung der Vorprämie auf Grund der Hagelstatistik erfolgt, in der Weise, daß zunächst eine Grundprämie für die einzelnen Oberamtsbezirke aufgestellt wird, welche hernach für diejenigen Markungen, welche in den jeweils vorausgegangenen 5—10 Jahren einen ersatzfähigen Schaden (vgl. oben No. 7) nicht aufweisen, eine entsprechende Minderung und im umgekehrten Falle eine entsprechende Erhöhung erfährt.

b) Vom württ. Ministerium des Innern ein besonderer Fonds zur Erleichterung der Nachschußpflicht gegründet wurde und durch einen jährlichen Staatsbeitrag (gegenwärtig 160 000 Mk.) unterstützt wird, in welchen die württ. Versicherten einen jährlichen Beitrag von 20 % ihrer Vorprämie zu leisten haben. Derselbe wird als Zuschlag zur Vorprämie erhoben und dem Fonds auf 1. Oktober jeden Jahrs durch die General-Agentur zugeführt. Ueber die Verwendung dieses Fonds giebt Punkt 5 des Vertrags nähere Auskunft.

c) Zur Schadensregulierung wird die Gesellschaft in jedem Fall solche Schätzer zuziehen, welche für jeden Ober-

amtsbezirk in der erforderlichen Anzahl durch die Bezirksversammlungen gewählt werden.

d) Der Vertrag kann auf Schluß des Kalenderjahres 1899 bis 1. November 1899 gekündigt werden, verlängert sich aber andernfalls je um 1 Jahr. Sollte ein Teil seinen Verpflichtungen nicht nachkommen, so kann schon auf den Schluß des laufenden Kalenderjahres bis 1. November gekündigt werden. (Vergl. das Amtsblatt des württ. Ministeriums des Innern vom 5. Juni 1895 und die Blätter des Schwäb. Merk. vom 26. Januar und 8. Mai 1895, 18. Dezember 1896, 9. und 24. März, 7. und 9. April, 7., 17. und 27. Dezember 1897.

Der kleine Bauer versichert sich höchstens niedrig; bei ihm giebt die Höhe der Prämien und leider sogar der Vorprämie den Ausschlag, bei'm großen Grundbesitzer dagegen die Entschädigung. Dadurch läßt es sich erklären, daß schon 1896 für 49,9 Mill. Mk. Feldfrüchte in Württemberg in 47 000 Pösten bei der Norddeutschen versichert waren; die Verluste waren aber 1897 so groß, daß der Direktor der Gesellschaft, Herr Gruner, bereits die Kündigung des Vertrags in Aussicht gestellt haben soll. Das Gewitter in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli 1897 hat die Norddeutsche allein 701 090 Mk. gekostet, während die anderen Gesellschaften mit zusammen 109 439 Mk. Schaden weggekommen sind. 1896 hat die Norddeutsche in Württemberg an Vorprämien eingenommen 269 128 Mk. und 397 562 Mk. an Entschädigungen bezahlt, 1898 dagegen soll sie hier mit Gewinn gearbeitet haben.

F. Staats- und Reichsversicherung mit Zwang.

1881 erschien bei Laupp in Tübingen ein Sonderabdruck aus der staatswirtsch. Zeitschrift als „socialökonomische und socialrechtliche Studie über den Staat und das Ver-

sicherungswesen“ von Prof. Dr. Ad. Wagner in Berlin, worin die von der Mathematik auf Grund der Statistik festgestellten Grundsätze so auf den Kopf gestellt wurden, daß heftiger Widerspruch erfolgen mußte, obgleich es auch hier an jenen beruhigenden Sätzen nicht fehlte, welche W. nach Braun, seinen gefährlich aussehenden Behauptungen beizugeben pflegt. (Oppenheim Kathedersocialismus, Berlin Oppenheim 1872.)

Der Hauptangriff erfolgte im September 1883 auf dem volkswirtschaftlichen Kongresse zu Königsberg, wo sich nur ein Mitglied für Staatsversicherung erklärte und zwar sonderbarer Weise ein Landwirt (Knauer aus Gröbers), welcher den Umstand, daß er seit 15 Jahren dieselbe Prämie bezahle, als Vorwurf vorbrachte, obgleich in der Gleichförmigkeit der Prämie an und für sich ein Lob enthalten ist. Dieser Herr ahnte wohl nicht, daß die Wagner'sche Schrift der Vorläufer für die Arbeiterversicherung werde, über welche sich jetzt die ostelbischen Grundbesitzer am meisten beschweren.

Bloch konnte in seiner schon 1878 bei Herbig in Berlin erschienenen Schrift über den Kathedersocialismus die Wagner'schen Ansichten noch nicht besprechen; dagegen ist es höchst auffallend, daß in der gegen den Staatsocialismus gerichteten Schrift von Bamberger, Barth und Brömel (Berlin, Simon 1884) Wagner und die Staatsversicherung überhaupt, nicht abgehandelt sind.

Wagner kennzeichnet sich in der Folge aber nicht nur als Staatssocialisten, sondern auch als wirklichen Sozialisten innerhalb des Staatsocialismus. Er stellt nämlich das Gemeinbedürfnis in den Vordergrund, verfällt aber dabei in die fehlerhafte Kreiserklärung und behauptet grundsätzlich, die Gegenseitigkeitsgesellschaften können sich besser kontrollieren und die Schäden besser regulieren, als die Aktiengesellschaften, welche

er als Spekulationsgesellschaften brandmarken will. Bezüglich der Landwirtschaft erkennt er zwar ausnahmsweise die Leistungen der Aktiengesellschaften an, behauptet aber alsbald darauf, sie bekommen nur die gefährlichen Versicherungen, was bei der Hagelversicherung den Thatfachen widerspricht.

Schließlich zieht Wagner die öffentliche Versicherung mit Zwang, auch der privaten Gegenseitigkeitsgesellschaft vor, „weil nur öffentliche Anstalten die Vorzüge bieten, daß sie die örtliche und zeitliche Gefahr- und Schadens-Ausgleichung durchführen können.“

Hieraus schlossen schon die Fachmänner des Königsberger Kongresses, Wagner strebe einen Prämiene-Kommunismus an und Suchsland erklärte speciell diese Stelle als einen verkehrten Ausdruck für Prämiengleichheit. Hierzu kommt außerdem folgende ebenfalls die Landwirtschaft betreffende Stelle: „Der grundsätzliche Vorzug des öffentlichen Versicherungswesens vor der privaten Gegenseitigkeitsgesellschaft besteht in der Möglichkeit planmäßig geregelter Einrichtung für ein großes Verkehrsgebiet und man bekommt bei Zwang alle guten Versicherungen herein.“ Auf Möglichkeiten kann man aber sich nicht verlassen und bei Zwang bekommt man auch die schlechten Posten herein, vor Allem den fatalen Verzicht auf das Flurmaximum.

Man kann für öffentliche Zwangsversicherung eintreten bei Gebäuden gegen Feuergefährdung, wie solche in Württemberg mit doppelter Begrenzung (bezüglich der Prämie und des Friedens) längst segensreich besteht; man kann ferner Zwang selbst bezüglich Krankheit, Unfall und Invalidität der Arbeiter deshalb rechtfertigen, weil die Privatversicherung hier nicht ausreicht; man darf aber dem Staate und den Arbeitgebern dabei keine zu große Zumutungen stellen.

Wagner nennt den Inhalt seiner Schrift „gesunden Staatssozialismus;“ er ist aber noch über den Staatssozialismus hinausgegangen in folgenden 2 Sätzen: „Mir scheint damit bewiesen, daß auch in der Lebensversicherung das privatwirtschaftliche Prinzip der Auswahl und der strengen Gefahr und Prämien-Klassifikation, Modifikationen zu Gunsten der schwächeren Elemente der Gesellschaft erfahren darf, im volkswirtschaftlichen und socialpolitischen Interesse erfahren muß und aus ethischen Gründen erfahren soll. Nur öffentliches Versicherungsweisen kann diesem Standpunkt in richtiger Weise gerecht werden.“

Die von Wagner zunächst angegriffenen Feuer-Versicherungs-Gesellschaften hatten allerdings lange Zeit zu hohe Prämien; Direktor Knobloch von der Magdeburger Feuer-Versicherungs-Anstalt hat sie aber längst auf ein Minimum herabgedrückt und bei der Bayer. Landes-Hagel-Versicherung wird in Folge der Ueberwälzung eines Teils der Kosten auf die staatliche Feuerversicherung, bei letzterer die Unkostenrechnung, entsprechend erhöht. Was aber die Lebensversicherung betrifft, so gab es damals schon in England treffliche Sterblichkeits-Tabellen für Arbeiter. (Vergl. meine 1. Schrift über Arbeiterversicherung.) Wagner geht hier so weit, daß er den Rat erteilt, man solle die mittlere Lebensdauer der zu begünstigenden Klassen günstiger annehmen, als sie in Wirklichkeit ist. Handelt es sich dabei um verschiedene Klassen, was bei unseren großen Lebensversicherungs-Anstalten bezüglich der Arbeiter nicht zutrifft, so leidet die Gegenseitigkeit darunter, handelt es sich aber um getrennte Arbeiterversicherungen, so haben den Unterschied der Staat oder die Arbeitgeber zu tragen. Wagner will einerseits gesunde und kranke Menschen, ohne Unterschied von Alter und Geschlecht, wie es einst bei der ältesten englischen Lebensversicherungs-Gesellschaft, der Amicable, der Fall war, gleich besteuern, desgleichen Stroh- und

und Ziegeldächer, andererseits die Arbeiter bevorzugen und nennt dieß „planmäßig geregelte Einrichtungen.“

Napoleon III hat der ganzen Arbeiterbevölkerung schon früher die Möglichkeit eröffnet, sich beim Staate zu versichern, aber der Staat trug dabei nur die Verwaltungskosten. (Vgl. meine 2. Broschüre über Arbeiterversicherung.)

Die Bezeichnung der Einzelversicherung endlich als „Wette“ hat nur noch geschichtlichen Wert, indem die Zeit vorüber ist, wo man sich nicht nur gegen die Gefangennahme durch Seeräuber versichern, sondern auch eine Wette auf das Nichtgefangenwerden eingehen konnte. Heutzutage fällt aber unter den Begriff Spiel und Wette von Versicherung nur noch die Uebersicherung.

Wie ich nur als letzten Ausweg und unter Beschränkung auf Trauben und Getreide in meinem Vortrag von 1873 (vergl. G 3 hienach) den Schritt von der freiwilligen zur gezwungenen Versicherung, jedenfalls in ersterer Beziehung, zu leicht genommen habe, (bezüglich des Getreides ließe er sich vielleicht ausführen, damit wäre aber für die Versicherung anderer Gewächse nicht gesorgt), so haben Dr. Ramm und Oberförster Dr. Heß sich durch das bayerische Beispiel zur allgemeinen Empfehlung der Zwangsversicherung verführen lassen, wobei Ersterer noch zu der sonderbaren Zumutung kam, der Bauer soll, wenn ihm die Prämie für eine Frucht zu teuer sei, eben eine andere bauen, während Dr. Heß an die Stelle der in Bayern bewährten Einschätzung, 10 Lokal-Gefahren = Stufen mit 8 Empfindlichkeits- und Wert = Stufen treten lassen will.

v. Walz bleibt das Verdienst, die bayerische Einschätzungsweise zuerst vorgeschlagen zu haben, während man früher die jährliche Aufstellung eines Rohertragskatasters für notwendig erachtete.

Sowohl Dr. Theuerle als der jetzige Regierungspräsi-

dent v. Bellino lieferten den Nachweis, daß Letzteres unmöglich alljährlich neu aufgestellt werden könne und daß bei Zwang nach den damaligen Kulturverhältnissen und Marktpreisen, die Grundsteuer in Württemberg hätte verdoppelt werden müssen. Inzwischen hat der Anbau von Hopfen, Rüben und Delgewächsen sich bedeutend vermehrt, womit die Umlage entsprechend größer würde.

Was ich vorstehend gegen Staats-Zwang-Versicherung vorbrachte, gilt in erhöhtem Grade gegen Reichs-Zwang-Versicherung, denn es würde hier bei der notwendigen Ausgleichung der lokalen und pflanzlichen Hagelgefahr, an Genanigkeit viel mehr verloren gehen, als durch die Vergrößerung des Gebiets gewonnen würde. Dazu kämen die Unmöglichkeit der Abschätzung in der gebotenen kurzen Zeit und die erhöhten Verwaltungskosten, neben der ganzen Schwerfälligkeit einer Reichs-Versicherung.

Der deutsche Landwirtschafts-Rat hat gut gethan, die Sache wenigstens zur Zeit abzulehnen, wobei die Rücksicht auf das Pathenkind, „die Norddeutsche“, mitgewirkt hat, weil diese in der Reichsversicherung aufgegangen und es zweifelhaft gewesen wäre, ob man deren Statuten und Bedingungen mit hinüber hätte nehmen können.

Mein zu Anfang dieses Jahres leider gestorbener Freund, Landes-Oekonomierat Heinrich Schöffler von Kirchberg, hat sich als erster Referent im deutschen Landwirtschafts-Rate gegen die Zwangsversicherung erklärt, wogegen der zweite Referent, Oekonomierat Märklin (Karlsruhe), wie einst Dr. Ramm, für eine Reichsversicherung mit Zwang eintrat. Dr. Ramm trat übrigens nicht für gleiche Prämien ein und gab auch die Schwierigkeit zu, die Prämien der Gefahr anzupassen. Außerdem bestand er nicht auf voller Entschädigung.

Suchsland berechnete, daß 1 Mk. Prämie auf den preuß. Morgen guten Lehmbodens bereits $3\frac{1}{2}\%$ vom Rein-

ertrage ausmache und Dekonomierat Märklin aus Karlsruhe verriet den eigentlichen Grund, weshalb das gesegnete Baden schon 1873 einen Antrag auf Reichsversicherung gestellt habe, mit den Worten, man müsse eine Ausgleichung der unerschwingbar hohen Prämien mittelst gleicher Prämien suchen.

Dagegen bezeichnete 1881 der Referent der 8. Wanderversammlung badischer Landwirte eine derartige Reichszwangversicherung kurzweg als Prämienkommunismus und der deutsche Landwirtschaftsrat lehnte 1884 den Antrag zwar auch ab, jedoch nur mit dem Zusatz „zur Zeit.“ Außerdem beschloß er eine Vereinigung der auf Gegenseitigkeit beruhenden Gesellschaften anzustreben, sowie den Reichskanzler um Herstellung einer ganz Deutschland umfassenden Hagelstatistik zu bitten. Eines Theils hat hiedurch der alte Gang der Agrarier für Begünstigung der Gegenseitigkeit Ausdruck gefunden, andern Theils ist die Statistik der lokalen Hagelgefahr schon mehr als hinreichend bearbeitet. Ich verweise hier auf Suchsland S. 100 flg. und auf Ramm S. 114 flg., wo ich die wichtige Stelle fand, der Berichterstatter des deutschen Landwirtschaftsrates habe den Vorwurf erhoben, daß viele Landwirte ihr Streben dahin richten, im Falle der Verhagelung nicht bloß Ersatz für den erlittenen Schaden, sondern auch Gewinn zu erzielen.

Suchsland hat getrennt, sowohl den Plan einer allgemeinen deutschen Hagelversicherungs-Genossenschaft, als denjenigen eines solchen Verbandes öffentlicher provinzieller Anstalten besprochen. Verbände bringen mit der solidarischen Last dieselben Gefahren wie die Rückversicherung; bei Provinzialanstalten bildet aber wie bei kleineren Staaten immer bei Freiwilligkeit mit beschränkter Entschädigung die erste Bedingung, wogegen Zwang stets zu alsbaldigem Untergang bei der Hagelversicherung führen muß. Die zweite Bedingung bildet ein guter Prämientarif mit gehöriger Berücksichtigung des Re-

fervefonds, die dritte die Schadensreduktion und die vierte ein genügendes Deckungskapital, (welches jeden Verband und auch die Rückversicherung entbehrlich macht), falls nicht der Staat selbst, wie in Bayern, bis zu einem schönen Prozentsatz des Schadens als Bürge eintritt. Bei Verzicht auf das Flurmaximum und selbständiger Verwaltung, dürfte man alsdann aber in Württemberg, nicht wie in Bayern auf 80, sondern höchstens auf 50 % gehen.

G. Sonstige Vorschläge mit besonderer Rücksicht auf Württemberg, insbesondere Staatsversicherung mit Freiwilligkeit.

1865 brachte die württ. Regierung als Nachherigenz die frühere Staatsunterstützung von jährlichen 15 000 fl bei der 2. Kammer wieder ein, jedoch hier zu unmittelbarer Unterstützung minder bemittelter Landwirte, welche mehr als 3 % Prämie für Getreide und Wein bezahlen müssen, fiel aber damit, bei nur 2 Stimmen Minderheit, durch.

1873 brachte der Abgeordnete Grath denselben Antrag ein, ohne Beschränkung auf die Armen und wollte ihn begründen einerseits mit den hohen Prämien der Privatgesellschaften, andererseits mit der Unmöglichkeit der Einführung einer württ. Landesanstalt. Der Referent der Kommission, Regierungsrat v. Kolb, empfahl dagegen die Errichtung einer Landesanstalt mit freiwilligem Beitritt und machte im Einklang mit den Verhandlungen von 1865 geltend, daß die früheren Versicherungs-Gesellschaften an ihren Fehlern und aus Mangel an gehöriger Unterstützung von Seiten des Staats zu Grunde gegangen seien. Volle Entschädigung erklärte er für unmöglich, hob aber mit Recht den volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt hervor; es

sei besser, wenn möglichst viel Beschädigte teilweise, als wenige vollständig entschädigt werden. Dabei verlangte er wiederum mit Recht einen jährlichen Staatsbeitrag von 40—50 000 fl, aber hier kam die Klippe — nicht wie man vermuten muß — für den Reservefonds der Landesanstalt, sondern zur Unterstützung der sämtlichen württembergischen Versicherten. Der Landesanstalt wollte man den Betrag aus Rücksicht für die Privatgesellschaften nicht zuwenden, damit Letztere nicht aus dem Lande getrieben werden; dagegen bestand auch kein Grund, vermöglichen Bauern einen Teil der Prämie zu bezahlen.

Die württ. Regierung ging auf eine württ. Landesanstalt nicht ein, bis ein späterer Minister sich die inzwischen entstandene bayerische Landesanstalt zum Vorbilde nahm, nach dessen Tod aber sowohl in der 2. Kammer als bei der Regierung eine andere Ansicht wieder die Oberhand gewann und der Berichterstatter Sachs gegen eine Nachahmung Bayerns das kleinere Gebiet Württembergs sowie das bayerische Flurmaximum in's Feld führte. Dabei wirkte der ritterschaftliche Abgeordnete Frhr. v. Böllwarth hauptsächlich für die Unterstützung der Norddeutschen, welcher dieselbe, wie bereits oben bemerkt, auch zu Teil wurde. (Schw. Merk. 8. Mai 1895.)

Meine Ansicht geht schließlich dahin:

1) Die Norddeutsche hat, wie bereits oben bemerkt, die Absicht zu kündigen ausgesprochen und kommt daher für Württemberg nicht mehr in Betracht.

2) Außer den oben bereits angeführten Gegenseitigkeitsgesellschaften führt noch eine Aktiengesellschaft in Württemberg ihr Geschäft fort; die Magdeburger G.-V.-G., welche ihr Geschäft hier im letzten Jahre sogar verdoppelt, aber auch große Verluste erlitten hat, und welche, wie ich aus Erfahrung weiß, kleine wie große Güter unter gleichen und billigen Bedingungen in Versicherung nimmt.

3) Der Staat sollte nach meiner Ansicht jedes Jahr eine größere Summe der Centralleitung des Wohlthätigkeitsvereins zur Verteilung im Falle Hagelschlags an unversicherte arme kleine Bauern übergeben. (Vergl. meinen Vortrag in den neuen Beiträgen zur Fortbildung des Bodenkredits, worin ich ausführte, daß dieß eine Aufgabe der Armenpflege sei, was später auch der Minister des Innern v. Sck, bestätigte.)

4) Wem dieß nicht genügt, dem bleibt nur die Nachahmung der bayerischen Landesanstalt (ohne die besprochenen Mängel) übrig.

H. Das Gewitter im württ. Unterlande 30. Juni bis 1. Juli 1897, die Centralleitung des württ. Wohlthätigkeitsvereins und die Versammlung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit zu Nürnberg Herbst 1898.

Der Ruf unserer Landwirte, entweder volle Entschädigung oder gar keine, kam erst mit den Aktiengesellschaften auf, infolge Mißachtung der Thatsache, daß teilweise Entschädigung häufig auch schon zum Fortwirtschafen genügt. Dieser Ruf ist um so unbilliger, als die Weingärtner und die Besitzer von Baumgütern ihren Stockschaden gar nicht und den Frucht-schaden bezüglich der Trauben erst nach der Blüte, Obst aber nur in Bayern versichern können. Nach Ansicht des württ. Landesökonomierats Sturm waren 1897 in Württemberg an Weinbergen keine 100 Morgen versichert und wie groß der Stockschaden von Wein- und Obstgärten gewesen, läßt sich aus der Gewalt des oben bezeichneten Gewitters, (Sturm und Hagelschaden lassen sich nicht immer trennen) sowie aus der letzten zur Verteilung gelangten Summe (hienach) ermessen. Die Zahlen, mit welchen die einzelnen Kulturen an besagtem Gewitter beteiligt waren, sind nach der amtlichen Erhebung (Merk. 7. Dez. 1897) folgende:

Feldfrüchte	10,2	Mill.	Mk.
Weinberge	2,6	"	"
Obstbäume	3,9	"	"
Gebäudeschaden	0,8	"	"
Summa	17,5	Mill.	Mk.

Sonstiger Hagelschaden, welchen das Jahr 1897 Württemberg gebracht hat.	3,0	"	"
Summa	20,5	Mill.	Mk.

Hiefür konnte Dank den freiwilligen Gaben, welche aus ganz Deutschland, (Berlin und der Norden überhaupt voran) von Deutschen im Auslande und selbst von Ausländern, so reichlich geflossen sind, durch die Centralleitung des Wohltätigkeitsvereins folgende Entschädigung gewährt werden:

An die Beschädigten des Unterlandes	
im Januar und Februar 1898	1 555 944 Mk.
„ Oktober 1898	616 000 „
	<hr/> 2 171 944 Mk.

An Gewitterbeschädigte in andern Landesteilen	120 000 Mk.
--	-------------

Hierunter sind diejenigen Naturalgaben, welche den Beschädigten unmittelbar nach der Katastrophe geliefert wurden, namentlich an Lebensmitteln, Seßwaren und Sämereien, nicht begriffen.

Der Staat bewilligt nach jedem größeren Hagelschlage Steuernachlaß, für welchen ich nach wie vor, gleich dem alten Rau, eintrete, weil er dem Grundsatz der Minortragsbesteuerung entspricht und mancher Bauer andernfalls ins Proletariat gestoßen würde. Er giebt bei großem Hagelschlage Gelegenheit zu Arbeitsverdienst und bewilligt auch Notstandsanlehen theils unentgeltlich, theils zu niedrigem Zinsfuße. (Schw. Merk. 2. Dezbr. 1897.) Der Staat giebt außerdem jährlich der

Centralleitung zur Unterstützung von Anstalten und Vereinen für wohlthätige Zwecke jährlich 30 500 Mk. und bei der Futternot von 1893, wo der Viehstand um $\frac{1}{2}$ — $\frac{2}{3}$ beschränkt werden mußte, leistete der Staat das Meiste, während der Rest durch die Centralleitung und Private, ohne Inanspruchnahme nichtwürttembergischer Hilfe, bewerkstelligt werden konnte. Letztere mußte dagegen 2 Jahre darauf (1895) bei der Sturm- und Wassersnot im Eyachthale und nach weiteren 2 Jahren (1897) bei der Hagelnot erbeten werden und hat sich, wie die nachfolgenden Zahlen beweisen, auch so großartig erwiesen, daß Württemberg zu großem Danke verpflichtet wurde. Die Sammlungen und Verwendungen für die Sturm- und Wasserbeschädigten von 1895 wurden von den Bezirks- und Lokalbehörden des Oberamts Balingen besorgt, die Sammlungen und Verwendungen für die Hagelbeschädigten von 1897 dagegen durch die Centralleitung.

Die württ. Centralleitung des Wohlthätigkeitsvereins ist eine unmittelbar unter dem König stehende Centralstelle, deren Mitglieder (zur Zeit 11 Herren und 6 Damen außer einigen Ehrenmitgliedern) vom König ernannt, den Dienst unentgeltlich versehen. Sie ist eine Schöpfung der verewigten Königin Katharina Paulowna, auf deren Grab Umland den bekannten, ebenso verdienten, als schönen, Aehrenkranz niedergelegt hat. (Vergl. die Lebensbeschreibung dieser Königin von Oberlehrer Merkle, Stuttgart, Kohlhammer.)

Der Hauptvorteil einer solchen Centralstelle liegt in der Centralisation der Vergabung, welche natürlich auch eine solche der Einnahmen voraussetzt. Diese württ. Centralleitung erhält Geschenke und Vermächtnisse von Privaten das ganze Jahr über zur Milderung von Not und Elend aller Art. Sie unterscheidet aber wohl zwischen kleinen und großen Notständen und man kann dieß auch aus ihren Bekanntmachungen

ersehen. Bei kleineren Hagelschlägen zeigt sie im Herbst wohl an, daß sie Gaben für die Hagelbeschädigten des letzten Sommers annehme, erläßt aber keinen förmlichen Aufruf. 1898 hat sie mit Rücksicht auf 1897 selbst diese Anzeige unterlassen, obgleich Württemberg wieder einen nicht unbeträchtlichen Hagelschlag erlitten hat. Die Aufrufe ergehen bei größerer Not in sämtlichen Bezirksblättern unter steter Bezeichnung der nächsten Sammelstellen. Sonderaufrufe sind dagegen zu verhindern und außerhalb Württembergs sollen Aufrufe nur in ganz besonderen Fällen stattfinden.

Wir haben es hier zunächst und hauptsächlich mit der Hilfe in außerordentlichen Notständen zu thun und ich werde mir erlauben, dieselbe nach einem von dem Referenten der Centralleitung, Regierungsrat Falch, erstatteten Berichte abzuhandeln. Dem Genannten war für die Notstandsarbeiten ein Hilfsarbeiter in der Person des Regierungsreferendärs Zahn beigegeben. Den bereits bezeichneten Bericht hat Falch für die im Herbst 1898 zu Nürnberg abgehaltene Versammlung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit ausgearbeitet. Hier heißt es unter Anderem:

Feuer, Wasser, Sturm, Hagel, Mißwachs, Erdbeben, Epidemien, Kriegen im Handel und Industrie und Anderes, können einen Notstand herbeiführen, wobei es aber auf den Umfang und die Ausdehnung ankommt, um ihn zu einem außerordentlichen zu machen.

Zuerst müssen die eigenen Hilfsquellen eines Notstandsgebiets flüssig gemacht sein, ehe weitere entferntere Kreise in Anspruch genommen werden dürfen. Neben der Staatshilfe braucht man die Privatwohlthätigkeit und es ist gut, wenn beim Eintritt eines solchen Notstandes eine gewisse Organisation bereits vorhanden ist. Als solche erwähnt Falch zunächst den Preuß. Vaterländischen Frauenverein unter dem roten Kreuz, zu dessen

Friedensaufgaben auch diese Hilfe gehöre und bringt dessen Instruktion. Sodann führt Falch die Bestimmungen in Bayern, Baden, Hessen-Darmstadt und Elsaß-Lothringen auf, wonach er zu den württembergischen übergeht, auf welche auch ich jetzt eingehen werde.

Handelt es sich wie beim Hagelschlag hauptsächlich um Not im Bauernstande, so werden neuerdings bezüglich der Sammlung von Felderzeugnissen, zunächst nur Listen über dasjenige angefertigt, was die Betreffenden geben wollen, und später kommt erst die Benachrichtigung, wohin die Gaben unmittelbar abzuliefern sind. Kommen Gaben mit besonderer Bestimmung ein, so muß dieß beachtet werden, aber es muß auch bei der allgemeinen Verteilung darauf Rücksicht genommen werden und deshalb sind auch sie, wie alle Gaben, genau zu buchen. Die Organisation zerfällt in die Bezirks- und Orts-Hilfsausschüsse. Erstere bestehen aus den Vertretern des Bezirkswohlthätigkeitsvereins und wenn es sich um Flurbeschädigung handelt, des landw. Bezirksvereins, aus Vertretern der betreffenden Gemeinden und einigen sonstigen Vertrauenspersonen des Bezirks unter dem Vorsitz des gemeinschaftlichen Oberamts (Oberamtmanu und Dekan). Der Ortsauschuß besteht aus den Mitgliedern der Ortsarmenbehörde und sonstigen Armenfreunden unter dem Vorsitz des gemeinschaftlichen Amtes (Schultheiß und Pfarrer). Den Bezirksauschüssen liegt die Sorge für die Beschaffung der dringendsten Bedürfnisse selbständig ob und die Centralleitung hält hiefür einen besonderen Notstandsfonds bereit, worauf ich zurückkommen werde. Bezüglich des in tabellarischer Form anzulegenden Verzeichnisses der unterstützungsbedürftigen Gewitterbeschädigten gelten folgende Grundsätze:

- 1) In dieses Verzeichnis sind in erster Linie diejenigen ärmeren Ortseinwohner mit einem Reinvermögen bis zu

6000 Mk. aufzunehmen, welche infolge des erlittenen Schadens wirklich hilfsbedürftig geworden sind und deshalb um Unterstützung nachsuchen. Außerdem werden Beschädigte mit mehr als 6000 Mk. reinem Vermögen dann berücksichtigt, wenn einerseits ihre ganze wirtschaftliche Lage und die Familienverhältnisse, andererseits die Größe des erlittenen Schadens die Hilfsbedürftigkeit darthun. Ueberhaupt soll der Grad der Bedürftigkeit nicht ausschließlich nach den Vermögensverhältnissen, sondern nach der ganzen wirtschaftlichen Lage bemessen werden. Geringfügige Beschädigungen können für gewöhnlich nicht berücksichtigt werden. Beschädigte, welche in günstigen Vermögens- oder Einkommens-Verhältnissen sich befinden, können an der Unterstützung nicht Teil nehmen; für sie empfiehlt es sich, wo noch keine Darlehenskassen bestehen, solche zu gründen, wozu von der Centralleitung ein Beitrag gewährt werden kann.

Nro. 2 lautet abgekürzt: Nur unver Versicherter Schaden wird bei der Verteilung berücksichtigt.

Nro. 3: Die Entschädigung wird entsprechend dem Grade der Bedürftigkeit bemessen. Schaden, gegen welchen keine Versicherung möglich ist, wird reichlicher entschädigt, als solcher, bei welchem die Möglichkeit der Versicherung vorhanden gewesen wäre.

Nro. 4: Ueber die Einkommensverhältnisse sind genaue Angaben zu machen; wissentlich unrichtige Angaben schließen von der Unterstützung aus. Schwere Krankheiten in der Familie, Unglück im Stall oder Geschäft, sind besonders zu bemerken.

Nro. 5: Der Schaden ist nach den Grundsätzen der amtlichen Erhebung für den Steuernachlaß zu bemessen und

wer sich übertriebener Ausgaben schuldig macht, läuft Gefahr, ausgeschlossen zu werden.

Nro. 6: Die Liste ist von der Ortsarmenbehörde zu beurkunden und an das K. gemeinschaftliche Oberamt zu übergeben, welches dieselbe zu prüfen und an die Centralleitung mit Beibericht einzusenden hat.

Nro. 7 schreibt genaue Buchführung vor, sowohl bezüglich der Einnahmen als der Ausgaben an Geld und Naturalien.

Nro. 8: Die Centralleitung nimmt nur die Verteilung bezüglich der Bezirke vor, welchen sodann die Unterverteilung auf die Gemeinden obliegt.

Nro. 9: Das erste Augenmerk ist auf die Beschaffung von Saatfrüchten und Lebensmitteln zu richten. Abzug für Zahlungsrückstände darf nicht gemacht werden.

Nro. 10: Die Empfangsbescheinigungen sind mit den Listen dem K. gemeinschaftlichen Oberamt und von diesem der Centralleitung vorzulegen.

Man kann sagen, daß dieses große Geschäft ohne bedeutende Kämpfe abgelaufen ist. Vorübergehend wurde versucht, jede Vermögensgrenze (Ziffer 1 oben) zu beseitigen; die Betreffenden gaben sich aber bald mit den Ausnahmegestimmungen zufrieden.

Ich habe nun noch 2 Punkte zu berühren, nämlich 1) die Befürchtung, welche auf der Nürnberger Versammlung ausgesprochen wurde, die Ansammlung eines Fonds gebe leicht Veranlassung zu dessen Verwendung ohne größeren Notstand, zu widerlegen und 2) die Unterstützung, welche die Centralleitung auch in kleinen Notfällen und selbst einzelnen Personen gewährt, zu rechtfertigen.

Nro. 1 ist eigentlich schon oben widerlegt; es kommt

hiebei sehr auf die leitenden Personen an, welche nicht nur gewissenhaft, sondern auch geeignet für den Samariterdienst sein müssen und die Sache ja nicht als Sport ansehen dürfen. Regierungsrat Falch warnt namentlich davor, daß die Sache von einer Centralstelle aus nach einer Schablone behandelt werde und ratet zu einer Behandlung wie sie oben bezüglich Württembergs geschildert worden. So, fährt er fort, hat sich im vorigen Jahre, das Berliner Centralkomitee für die durch Unwetter Beschädigten Deutschlands, vorzüglich bewährt und sich ein bleibendes Verdienst um die wirksame Bekämpfung der schweren Notstände in den verschiedenen Teilen Deutschlands, (auch Württembergs) erworben; es hat sich gewiß keines der Hilfskomitees durch das Centralkomitee in seiner Thätigkeit beengt oder gehindert gesehen, vielmehr hat jedes nur Förderung und Unterstützung erfahren dürfen.

Zu No. 2 bemerke ich, daß die württ. Zentralleitung allerdings auch kleinere Unterstützungen in günstigen Jahren zu reichen berechtigt und befähigt ist. Sie erhält nämlich, wie bereits bemerkt, das ganze Jahr über Geschenke und Legate zu freier Verfügung, verwendet aber grundsätzlich für kleinere bezw. einzelne Not, abgesehen von ausdrücklich hiefür erhaltenen Gaben, höchstens einen Teil der Zinsen aus ihrem, vom Notstandskapital getrennten und weniger gebundenen Kapitale. So erzählte mir einst ein Pfarrer aus einer jener armen Schwarzwaldgemeinden, wo die Holzfällung den einzigen Erwerbszweig bildet, er habe einst deren blutarme Kinder nur mit Hilfe der Zentralleitung in ordentliche Lehrlingsstellen zu bringen vermocht. Andernfalls hätte dieser Pfarrer, wie ich es im Notjahre 1854 (nach dem Mißwachs 1853) mitansah, gleich einem Lehrer vom Mainhardter Walde, mit seiner Schule den jogen. Ravensburger Gefindemarkt befahren

können, wo die Kinder aus Vorarlberg zum Viehhüten über den Sommer verdungen werden.

Als Württemberger kann ich diesen Abschnitt nicht schließen, ohne einen Segenswunsch anzufügen für die vielen edlen Geber aus ganz Deutschland und selbst aus dem Auslande, sowie für die Wohlthätigkeitsvereine, die größeren und kleineren Ausschüsse, welche bei diesem großartigen Samariterwerk mitgewirkt und zum Gelingen desselben beigetragen haben.



Nachträge.

I.

Die Abschlüsse der Gegenseitigkeitsgesellschaften des Jahres 1898 konnte ich schon oben in den Text aufnehmen, dagegen bin ich jetzt erst im Stande, auch die vermutlichen Abschlüsse der 5 Aktiengesellschaften von 1898 hier in ungefährem Betrage nachzutragen.

Es haben geschlossen :

A) mit Verlust

- | | |
|------------------------------|-------------------|
| 1) Magdeburg | mit ca. 600 000 M |
| 2) Köln | " " 500 000 " |
| 3) die Berl. G.A.G. von 1832 | " 110 000 " |

B) mit Gewinn

die Union mit " 800 000 "

C) ohne Gewinn und ohne Verlust: Elberfeld.

Dem Rechenschaftsberichte der B. G.A.G. von 1832 über 1898 entnehme ich folgendes:

Das Jahr 1898 ist für nahezu alle Hagel-Versicherungs-Gesellschaften unglücklich verlaufen. Zwar trat - ebenso wie im Vorjahre - fast überall eine wesentliche Vergrößerung der Versicherungssummen und der Prämien-Einnahmen ein, hauptsächlich dadurch, daß der spanisch-amerikanische Krieg eine, allerdings nur vorübergehende, Steigerung der Getreidepreise veranlaßte, welche auch eine vermehrte Versicherungslust zur Folge hatte. Es stellten sich aber auch die Hagelwetter schon Anfangs Mai in so ausgedehnten schweren Zügen ein, wie man sie so frühzeitig seit vielen Jahren nicht erlebt hatte, so

daß die versicherten hohen Getreidepreise zur Vergrößerung der Geschäfts-Verluste wesentlich beitrugen.

Von den Aktien-Gesellschaften hat, soweit wir informiert sind, nur eine einzige mit Gewinn abgeschlossen. Von den Gegenseitigkeits-Anstalten, welche mit Vor- mit Nachschuß-Prämie arbeiten, ist trotz weitester Inanspruchnahme der vorhandenen Reserven diesmal keine einzige ohne Nachschuß ausgekommen. Die eingezogenen Nachschüsse hielten sich zwischen 20 und 150 % der Vorprämie und stellten sich diesmal bei 3 Gesellschaften über 100 %.

Unser Rechnungs-Abschluß für das Jahr 1898 schließt mit einem Verlust ab von *M* 93 347. 93,
der zum größten Teil, nämlich mit *„* 86 865. 20

aus den vorhandenen Reserven gedeckt
werden konnte, so daß nur *M* 6 482. 73
aus dem Grundkapital zu entnehmen sind.

II.

Die oben angeführte Stelle betr. die Frage der Reduktion bei der Norddeutschen und deren Auffassung durch v. Thümen, wonach Reduktion im Falle von Mißwachs vorkommen könne, erhält ihre Erklärung durch die mir jetzt erst zu Gesicht gekommenen Blätter 4—7 der allg. S.-Ztg. von 1890. In dem Prozesse, welcher dort enthalten ist, behauptete die Norddeutsche, die Höhe des Hagelschadens sei bei ihr nicht wie bei den Aktiengesellschaften in Prozenten des vorhandenen, sondern in solchen des versicherten Fruchtquantums auszurechnen. Bei einem durch Mißwachs auf $\frac{1}{3}$ heruntergekommenen Bestande würde also ein Schaden, welchen die Aktiengesellschaft auf 30 % des vorhandenen Fruchtbestandes abschätzt, von der Norddeutschen auf 10 % des versicherten Wertes geschätzt.

So verhielt es sich in dem Prozesse, welcher nach

dem Wortlaute in dem Blatte 20. Juni 1890 enthalten ist. Der Obmann erklärte, von dem was gewachsen ist, sind un-
streitig 12 % beschädigt bezw. verloren gegangen. Davon
gehen aber 50 % für durch andere Ursachen früher verloren
Gegangenes ab, bleiben 6 %, welche nicht mehr ersatzfähig
sind. Begründen wollte die Norddeutsche dieses Verfahren
durch die Instruktion für die Taxatoren, wogegen das Gericht,
wie vorauszusehen, die Gesellschaft verurteilte und hiemit
dürfte sowohl obige Verwahrung gegen Reduktion als der
Revers zusammenhängen.

III.

Zu S. VII des Vorworts. Ueber Versicherung von
Sturmischaden und insbesondere die Gesellschaft Acolus, giebt
interessanten Aufschluß die Zeitschrift für Versicherungs-
wesen Nr. 7 vom 15. Febr. 99.

S. 10 und 11. Die höheren Abzüge für Schadens-
ermittlung galten nur für Württemberg und belaufen sich jetzt
nur noch auf 5 und 7,5 %.

S. 12 Z. 9 von oben ist zu lesen 10. Juni.

S. 14 Z. 7 von unten bezgl. 8 Gegenseitigkeits-
gesellschaften.

S. 14 Nr. 4 ist von M 50 000 an beantragt, den
Ueberschuß in eine Extrareserve zu legen, bis diese $\frac{1}{5}$ vom
Grundkapital erreicht.

Zu S. 49. Gewöhnlich beträgt der Verlust an Stroh
nur 50 % von der Schadensquote der Mehren.

Zu S. 50. Pelusiken sind kleine Erbsen.

S. 53 bezieht sich die Prämienerrhöhung nur auf Würt-
temberg.

S. 57 ist an den 2. Absatz unten anzufügen „und die
Prämien müssen sich nach der durch die Statistik zu ermitteln-
den Gefahr richten.“

S. 63. Nach einer mir von Berlin zugekommenen Nachricht soll auch die Magdeburger S.V.G., obgleich sie überhaupt keine Staatsunterstützung genießt, das Flurmaximum nicht mehr geltend machen. Um Mißverständnis zu vermeiden, bemerke ich zu dieser Seite noch ausdrücklich, daß ich unter „armen kleinen Bauern“ nur diejenigen verstehe, welche sich nicht versichern können. Alle Anderen mögen des schönen Ausspruchs von Prof. Dr. Endemann eingedenk sein: Versicherung befreit vom Bettel.

IV.

1890 erschien in deutscher Uebersetzung bei Vacmeister in Hannover die 1. Lieferung der Schrift des Engländers Dawson über Bismarck und den Staatssocialismus, welche mehr zu Gunsten Wagners als Bismarcks geschrieben ist und mich zu Besprechung folgender Punkte veranlaßt:

a) Die Versicherungsgeetze Bismarcks seien von Wagner schon früher gefordert und später gut geheißten worden.

Wagner scheint allerdings Bismarcks Ratgeber gewesen zu sein, nicht nur hierin, sondern auch bei der Wiederausgabe der im Doppelwährungsverhältnis heute noch stehenden preuß. Thaler und bei der inhaltschweren Ablehnung jeglichen, nicht internationalen Normalarbeitstages, auf der Berliner Konferenz für Arbeiterschutz. (Vgl. die noch 1881 erschienene Schrift Wagners für bimetallistische Münzpolitik und den stenogr. Bericht über Wagners Rede auf dem 1. Kongreß ärztlicher Bergarbeiter in den Berliner neuesten Nachrichten vom 2. Februar 1897, sowie meine beiden Schriften über den Normalarbeitstag.)

b) Wagner habe Dawson gesagt, er gehöre keiner Schule sondern nur einer „*Opinion*“ an, was mit lit. c) zusammenhängt.

c) Wagner habe socialistische Mittel von Lassalle und

Robbertus entlehnt. Setzt man statt „Mittel“ „Lehren“, so wird aus der Richtung eine Schule, und Wagner wird heut zu Tage als der bedeutendste lebende Staatssozialist angesehen. Er ging aber doch nicht soweit als Lassalle und Robbertus, von welchen der Erstere bekannter als der Letztere geworden ist, weshalb ich mir erlaube, über Letzteren einiges anzufügen:

Der preussische Kultminister von 1848, Robbertus, war eine Doppelnatur, auf der einen Seite krasser Communist, auf der andern Reaktionär und auf ihn hätte vollständig der Satz von den sich berührenden Extremen gepaßt, wenn er nicht seine Behauptungen abgeschrieben hätte und von Socialisten wie Agrariern vorgeschoben worden wäre. Wie viel er von dem gewaltigen Staatsocialisten Justus Moeser (1720—1794) abgeschrieben, zeigte Brentano in der M. allg. Ztg. 12., 13. Febr. 1897 und in der Nation 13. März bis 15. Mai 1897, sowie in einer besonderen Schrift über alte und neue Feudalität.

Die jetzt in Preußen maßgebenden Persönlichkeiten gehören nicht mehr der Königsberger Schule von Krauß (1781 bis 1807) an, von welcher selbst der für Moeser ebenfalls eingenommene Roscher zugab, daß sie ungemein viel Gutes gewirkt habe. Einer der letzten, welcher für Bodenentlastung und damit für Bodenfreiheit eintrat, war Treitschke in seiner vorzüglichen Schrift über den Socialismus und sein Gönner. (Berlin 1875, Reimer.)

Den Moeser'schen Staatssocialismus hat nach Brentano, Miquel, nach Landesökonomierat Nobbe, der inzwischen verst. Landschaftsdirektor Sombart, in die Bedingungen der Ansiedlungs-Güter und teilweise auch in das bürgerliche Gesetzbuch als Rentengut samt Ablösungsbanken mit Staatsgarantie, Unteilbarkeit und dinglichem Wiederkaufsrecht (M allg. Zeitung 17. Februar 1899) hineingebracht und ich habe bereits in meiner Schrift über das deutsche Hypothekenrecht, die durch

fakultative Unablösbarmachung verschärften Abgaben, samt den mit dem Rentengut verknüpfbaren Frohnen, als Reallasten und Rückfall in das Mittelalter bezeichnet. Wie bedeutend aber diese, den Großgrundbesitzern Preußens zu teil gewordene Staatshilfe ist, geht aus der M. allg. B. 1. Februar 1899 hervor, wonach die Zahl der von den Rentenbanken übernommenen Renten sich auf 425 000 und der Betrag auf 10,2 Millionen Mark belauft. Für die Ansiedlungsgüter in Westpreußen und Posen sind bekanntlich weitere 100 Millionen bewilligt worden und es findet hier neuerdings ausschließlich die Vergebung gegen Rentenschuld statt. Sogar für die Durchführung des An-erbengesetzes vom 8. Juni 1896 wurde der Staatskredit eingesetzt.

Um aber nicht für einen Feind der Agrarier gehalten zu werden, erlaube ich mir zu bemerken, daß abgesehen von dem Verbote des börsemäßigen Terminverkaufs und der Hinwirkung auf die alte Verkaufsweise des Getreides, auf dezentralisierten Schranken, wodurch den Einflüssen eines Rothschild (sammt dessen Schwager Ephrussi) auf die Preisbildung am ehesten begegnet werden kann (vgl. den Schw. M. 4., 10. Juli 1891; 2., 4. Mai 1896; 20. Jan. 1897), ich die richtige Maßregel allein in einem autonomen, d. h. unabhängigen und von der ausschließlichen Rücksicht auf Landwirtschaft und Gewerbe, gebotenen Zolltarife erblicke, wie ich dieß schon in meiner Schrift „Einst und Jetzt im Bodenkredit“ ausgeführt habe. Außerdem sollten Staffeltarife als eine, zumal für Staatsbahnen, unrechtfertigbare, weil ungleiche Frachtbehandlung, abgeschafft werden. (Vgl. die Rede v. Thielens im Herrenhause, Schw. M. 3. Mai 1895). Der Fehler Caprivis bestand darin, daß er sich überhaupt auf Handelsverträge einließ, wo Deutschland stets bezüglich Getreides und Mehls, mit den Ausfuhrländern dieser Artikel, den Kürzeren ziehen wird. Wir müssen unseren Tarif auf Meistbegünstigung und

einheitlichen Gewichtszoll stellen, wozu gegen die den amerikanischen Frachttarifen entnommenen Maximal- und Minimaltarife (wobei das Maximum den Bauern, das Minimum das Eisenbahnpersonal schützen soll), uns nicht zu dem erwünschten Ziele führen. Nur dann bleiben wir Herren unserer Zollpolitik und können im Falle von Bedrückung nach Bedarf Repressalie nehmen. Hierbei bleibt übrigens noch die Wahl zwischen festem Tarife und gleitender Skala. Ersterer ist bald zu niedrig für die Landwirte, bald zu hoch für das Publikum und es würde sich deshalb die gleitende Skala empfehlen, wenn Aussicht vorhanden wäre, daß sich die Agrarier mit dem sonstigen Publikum verständigen würden. Hieran muß ich aber zweifeln und führe als Beispiel, wie man den gleitenden Zoll keinesfalls einrichten darf, die einstigen englischen Kornzölle an. Wer ihre Geschichte gelesen (vgl. die beste deutsche Schrift hierüber von Vergius, die Abschaffung der engl. Kornzölle, Berlin, Boffelmann 1861; ferner Cobden, von einem Freihändler und Friedensmann, Bremen, Rühlmann 1871; v. Wiebahn, der englische Gewerbefleiß, Braunschweig, Vieweg 1852; Dict. de l'économie politique Art. Grains), der kann, (abgesehen von den großen Fehlern der englischen Kornzölle) sich nur schwer entschließen, zur Erhöhung des durchschnittlichen Brotpreises, für das stark an Uebervölkerung leidende Deutschland, beizutragen.



Von demselben Verfasser sind bei A. Liesching u. Comp. in Stuttgart teils erschienen, teils später in diesen Verlag übergegangen:

1. Bodenkredit: Mt. Pf.

a) Das landwirtschaftliche Betriebskapital und die Bodenrente in Württemberg. Ladenpreis — 50

b) Die Fortbildung des Bodenkredits mit dem vorzüglichen Berichte der Bayer. Hypotheken- und Wechselbank über die norddeutsche Hypotheken- und Grundschulden-Gesetzgebung. 2 60

Auf diese Schrift ist von Roscher noch in seinem letzten Werke Bezug genommen.

c) Neue Beiträge hiezu. Diese Schrift enthält unter Anderem einen Vortrag des Verfassers über Hagelversicherung, mit welchem Direktor v. Walz sich vollständig einverstanden erklärte 1 50

d) Einst und Jetzt im Bodenkredit, mit besonderer Rücksicht auf Schulze, Raiffeisen und die Agrarier 1 50

Raiffeisen's Verdienste finden sich wohl bis jetzt nirgends so eingehend besprochen und mit den Schulze'schen verglichen, wie hier. Das Wort „Bodenkredit“ ist hier überhaupt im weitesten Sinne aufgefaßt, so daß der größte Teil der Agrarpolitik darin abgehandelt ist.

e) Die neue deutsche Hypotheken-Gesetzgebung — 60

2) Arbeiterschutz:

a) Der Normalarbeitstag mit besonderer Rücksicht auf Deutschland — 60

b) Geschichte und Literatur des Normalarbeitstages	1	—
3) Wechsel und Banken:		
a) Der Traktat des Lucas Paccioli von 1494 über den Wechsel. Deutsche Uebersetzung	1	—
b) Die ältesten Banken und der Ursprung des Wechsels	1	60
c) Supplement hiezu	1	60
d) Der Wechsel am Ende des 15. Jahrhunderts. (Zum 400jährigen Jubiläum Pacciolis geschrieben.)	—	50
4) Währung und Geld:		
a) Der Uebergang zur Goldwährung	1	50
b) Das Geld und die Geschichte des deutschen Geldes	1	—
5) Die Steuern. (Geschichtliche Darstellung und Kritik	—	80
6) Arbeiterversicherung:		
a) Beitrag zur Frage derselben. Älteste deutsche Schrift hierüber, welche unter Anderem eine Correspondenz mit der Chemnitzer Unfall-Versicherung enthält	1	—
b) Die jüngeren Institute hiesfür. Diese Schrift enthält auch die Statuten der ältesten Unfall-Versicherung (Nouen) und den Wortlaut der französischen Staatsversicherung in deutscher Uebersetzung	1	M
7) Buchführung:		
a) Beiträge zur Geschichte der Doppelbuchhaltung mit Gratis-supplement, soweit der Vorrat reicht	4	—
b) Lucas Paccioli und Simon Stevin, nebst einigen jüngeren Schriftstellern über Buch-		

haltung, mit Gratis supplement, soweit der Vorrat reicht	3	20
c) Die gesetzlichen Bestimmungen über Buchführung (Vergriffen.)		
d) Der Einfluß der neuen Justizgesetze auf die Buchhaltung	—	50
e) Drei Skizzen zur Buchhaltung	1	—
f) Beachtenswerte Fälle und neue Skizzen	1	50
g) Die Berechtigung der einfachen Buchhaltung. (Das Wichtigste aus dieser vergriffenen Schrift wurde in lit. h aufgenommen.)		
h) Altes und Neues aus der Buchhaltung	2	80



Recensionen

über die 3 zuletzt erschienenen nationalökonomischen Schriften.

A. Ueber die Schrift: Die neue deutsche Hypotheken-Gesetzgebung.

1) Stuttg. Tagbl. 28. Januar 1897. Die zunehmende Wichtigkeit, welche das Hypothekenwesen neuerdings gewonnen, hat den Verfasser bestimmt, im hiesigen Kaufmännischen Verein den Vortrag zu halten, der nunmehr auch im Druck erschienen ist. Der Verfasser, der bereits in zahlreichen Broschüren sein reiches nationalökonomisches Wissen und die Ergebnisse seiner gründlichen Studien niedergelegt hat, behandelt in dieser neuesten Veröffentlichung seinen Gegenstand wiederum zwar in gedrängter Kürze, aber doch erschöpfend. Auch die Frage der Rentenschulden und der Rentengüter, des Anerbenerchts, der Fideikomisse und Stammgüter sind in Betracht gezogen.

2) Schw. Merkur 10. April 1897. Die Schrift enthält einen im kaufmännischen Verein Stuttgart gehaltenen Vortrag über das Hypothekenrecht des bürgerl. Gesetzbuches und 2 Nachträge (über die Sicherheit der preuß. Pfandbriefe und über die Normativbestimmungen für die bayr. Hypothekenbanken.) In dem Vortrag werden besprochen das Grundbuchrecht des B. G. B., die Hypothek, die Grundschuld und Rentenschuld und das Anerbenerrecht. Die Arbeit bezweckt eine Uebersicht über das künftige Recht zu geben und ist deshalb in großen Zügen gehalten, wie denn auch der Verfasser selbst sie als eine Skizze bezeichnet. Sie verrät eine große Belesenheit auf den verschiedensten Gebieten.

3) Beil. zur M. allg. Ztg. 23. Juni 1897 No. 138. Für Süddeutschland ist die Form der Grundschuld neu; sie ist in Mecklenburg entstanden und durch die preuß. Grundbuchgesetzgebung auch in einem großen Teile Preußens eingeführt worden. Nicht mit Unrecht hebt Jaeger hervor, daß die Trennung der Grundstücksbelastung von dem Schuldenverhältniß, die abstrakte Gestaltung der dinglichen Haftung, wesentliche Bedenken gegen sich habe; für weniger geschäftsgewandte Grundbesitzer, wie sie unter dem süddeutschen Bauernstande zahlreich sind, liegt darin eine bedeutende Gefahr. Hat schon die abstrakte Wechselobligation gerade in diesen Kreisen viel Unheil gestiftet, so wird die abstrakte Grundschuld hiezu noch mehr geeignet sein. Es werden Mittel und Wege gesucht werden müssen, um solche Wirkungen möglichst zu vermeiden. Für die abstrakte Eigentumsübertragung hat die Grundbuchordnung den Landesgesetzen die Möglichkeit gewährt, ein causales Geschäft mit Verbriefungszwang daraus zu machen, für die Grundstücksbelastung ist nichts ähnliches vorgesehen.

B. Der Wechsel am Ende des 15. Jahrhunderts.

Schw. Merkur 14. Juni 1895. Der Verfasser hat sich auf dem Gebiete der Nationalökonomie durch eine reiche Fülle von Abhandlungen über die verschiedensten Stoffe einen Namen gemacht, so namentlich auch in Währungs- und agrarischen Fragen. Seiner Uebersetzung des Traktats des Lukas Paccioli (über den Wechsel) und seiner Schrift über die ältesten Banken und den Ursprung des Wechsels (nebst einem Supplement) läßt der Verfasser nun eine eingehende Darstellung des Wechsels am Ende des 15. Jahrhunderts folgen, die einen Beitrag zum Pacciolijubiläum (1494/1894) bildet. Die verschiedenen Arten des Wechsels, der cambio minuto, reale, secco, fittito werden nach der Einteilung Pacciolis erschöpfend behandelt. Bekanntlich wurde Deutschland durch die römische

Geistlichkeit mit dem Wechsel vertraut gemacht, die ihre Gelder aus Süddeutschland über Bogen (von Konstanz, Augsburg, Ulm, Nürnberg, Frankfurt a. M.) und aus Norddeutschland über Brügge und Antwerpen (von Lübeck, Hamburg, Danzig) mittelst Wechselln bezog.

C. Geschichte und Literatur des Normalarbeitstags.

1) Württ. Staatsanz. 22. Juli 1892. Der springende Punkt in den socialdemokratischen Forderungen ist der Normalarbeitstag. Die vorliegende Broschüre behandelt die Geschichte dieser Idee, geht dabei auf den Socialismus und seine Entwicklung näher ein. Die Forderung eines Normalarbeitstags tritt darnach schon bei Helvetius und Robert Owen auf. Praktische Gestaltung erlangte der Gedanke in der Gesetzgebung und Praxis der Union. Wie sich nun Staaten, Vereine und socialistische Autoritäten dazu gestellt haben, das erfahren wir in einer bündigen Aufzählung und Kritik der mannigfaltigen, im Grunde jedoch übereinstimmenden Beschlüsse, Verordnungen und Meinungsäußerungen.

2) Literarische Mitteilungen für Juristen und Verwaltungsbeamte von Dr. Hoffmann.

(München, Schweizer) No. 3—4 von 1892. Der N. L. ist in neuerer Zeit auch in die gewerbliche Diskussion energisch eingerückt. Bisher hat es noch an einer zusammenfassenden Schrift über seine Geschichte und Literatur gefehlt, welche Lücke — wenn auch nicht abschließend — Jaeger ergänzt hat.



206\$07963378